Deutsche Rundschau in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld monatlich 3 Zł. In den Ausgabestellen monatl. 2,75 Zł. Bei Postbezug monatl. 3,11 Zł. Unter Streifband in Polen monatl. 5 Zł. Danzig 3 Guld. Deutschland 2,5 Rentenmark. — **Einzelnummer 20 Groschen.** — Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonelzeile 20 Groschen, die 90 mm breite Reklamezeile 100 Grosch. Danzig 20 bz. 100 Dz. Pf. Deutschland 20 bzw. 100 Goldpfg., übriges Ausland 100 % Aufschlag. — Bei Platzvorschrift und schwierigem Satz 50 % Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur schriftlich erbeten. — Offertengebühr 50 Groschen. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Postscheckkonten: Stettin 1847, Posen 202157

Nr. 168. Bromberg, Mittwoch den 23. Juli 1924. 48. Jahrg.

Die letzten 18 Monate des Sejm.

Einen sehr lehrreichen Überblick über die Arbeiten, die der Sejm hinter sich hat, bringt der „Kurjer Poranny". Der Aufsatz enthält eine ruhige polnische Meinung, die den Tatsachen in die Augen sieht und auch vor Kritik und einem offenen Worte nicht zurückschreckt. Wir geben den Artikel nachstehend in deutscher Übersetzung wieder:

„Die erste Session des ersten ordentlichen Sejm geht ihrem Ende entgegen. Die Eröffnungssession als solche hatte den Charakter einer außerordentlichen Session; sie dauerte ununterbrochen 1½ Jahre. Da die Konstitution dem Präsidenten nicht gestattet, diese Session vor der Genehmigung des Budgets zu schließen, so erklärt sich ihre lange Dauer vor allen Dingen aus den mit der Finanzlage des Staates verbundenen Schwierigkeiten. Das schwankende Geld, mit dem wir über fünf Jahre operierten, machte die Aufstellung jedes Voranschlages über die Einnahmen und Ausgaben des Staates, der Anspruch auf eine annähernde Richtigkeit haben konnte, unmöglich. Die Sanierung der Valuta wurde deshalb die erste Hauptaufgabe der Regierung und des Sejm. Diese Aufgabe war nicht nur schwer, sondern gefährlich. Der Sejm wurde außerdem seit den ersten Tagen seines Bestehens durch Vorkommnisse erschüttert, die von der gefährlichen Propaganda, die direkt gegen die Grundlagen der demokratischen Einrichtungen und der gerade genehmigten Konstitution gerichtet wawren, zeugen.

Die erste Exekutive,

noch durch den Sejmmarschall nach der Mordtat, der der erste Präsident zum Opfer fiel, veranlaßt, und durch seinen Nachfolger bestätigt, hatte vor allen Dingen die Aufgabe, die Ordnung zu erhalten und den konstitutionellen Grundsätzen des republikanischen Organismus Achtung zu sichern. Sie legte sich dabei sofort Rechenschaft darüber ab, daß ohne eine internationale Regelung der Gesamtgrenzen des Staates alle innerpolitischen Maßnahmen, sowohl die wirtschaftlichen wie organisatorischen, nicht auf breiter und dauernder schöpferischer Grundlage zu treffen sind. Nachdem es damals sofort auf Grund der Initiative des Ministers Grabski Vorbereitungen zur Sanierung des Schatzes getroffen hatte, sammelte das Kabinett des Generals Sikorski seine Energie zur

Beruhigung der Gemüter

und um Bestrebungen zum Zerfall und Umsturz in Zucht zu halten und die Ratifizierung der litauischen und russischen Grenzen durch die Ausführungsorgane des Versailler Vertrages zu erhalten. In diesem ersten Zeitabschnitt hatte die gesetzgebende Tätigkeit des Sejm keine Gelegenheit eine wichtigere Rolle im staatlichen Leben zu spielen, was an dem Fehlen einer festen Mehrheit und an dem Chaos in der Gruppierung der Sejmparteien lag.

Sofort nach der glücklichen Erledigung der Grenzfrage gelang es der Rechten, die Piastenpruppe für den Plan eines Regierungssturzes und zur Schaffung eines reaktionären parlamentarischen Kabinetts zu gewinnen. Der Schatten der September-Vorkommnisse lastete zu stark auf einigen Mitgliedern dieses Kabinetts, als daß nicht die mehrmonatige Arbeit der ersten Regierung an der Beruhigung der Gemüter nutzlos werden mußte. Der ganze halbjährige Abschnitt der Regierung des rechten Kabinetts, das infolge einer Entzweiung der Piastenpartei kaum auf Grund einiger Stimmen eine theoretische Mehrheit besaß, war eine dauernde

Folge schwerer Erschütterungen

im Staatsleben und einer erregten Stimmung im Sejm. Der Finanzminister Władisław Grabski versuchte vergeblich, die begonnene Sanierungsarbeit fortzusetzen. Wie er in einer veröffentlichten Begründung seiner Demission erklärte, fand er dafür nicht das Verständnis und die Unterstützung der um die Regierung gruppierten Parteien. Nach einer kurzen Amtstätigkeit Lindes befanden sich die Finanzen in den Händen des ehemaligen Ministers für Handel und Industrie, des Herrn Kucharski, der sich augenblicklich weigert, sie auf Grund eines Sejmbeschlusses dem Staatstribunal zu übergeben.

In dem durch die Konstitution bestimmten Termin reicht Herr Kucharski tatsächlich gewissermaßen das Surrogat eines Voranschlages ein, der jedoch keine Grundlagen für eine tatsächliche Sejmarbeit schuf Nach den November-Vorkommnissen in Krakau war es bereits abgemachte Sache, daß das Kabinett erschüttert war. Die Niederlage in der Auslandspolitik, die leichtsinnigerweise Herrn Marjan Seyda anvertraut war — wie aus schlechtem Scherz über den politischen Ernst —, bewogen Herrn Witos zur Neubildung des Kabinetts durch Zuhilferufen der Hauptführer der Rechten, Dmowskis und Stanisław Grabskis. Das erschwerte jedoch nur die Mitarbeit der Piasten mit den die Interessen der Großagrarier vertretenden Parteien und beschleunigte einen neuen Zerfall der Piastengruppe, der für das Schicksal der Regierung, die sich auf keine Mehrheit von Stimmen der Parteikoalition mehr stützen konnte, entscheidend werden mußte.

Das ganze erste Jahr der gesetzgeberischen Tätigkeit des Sejm verlief auf diese Art und Weise viel mehr

in politischen Kämpfen,

als in schöpferischer Arbeit. Die Finanzkatastrophe gestaltete sich indessen im Verlaufe des 2. Halbjahres so drohend, die Verstimmung in den wichtigsten Organen des Staates trat in so beunruhigender Weise hervor, daß man radikale Hilfsmittel ergreifen mußte. Die Herrn St. Thugutt anvertraute Neubildung der Regierung — Thugutt war Vorsitzender der zahlenmäßig stärksten Oppositionspartei im Verhältnis zur vorhergehenden Regierung —, hatte keinen Erfolg, trotzdem Thugutt, weil er natürlich die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den Parteien Dmowskis und Grabskis abwies, die Parteien der Piasten und der Chadecja um Unterstützung ersuchte.

Sowohl die Kühle, als auch die Bedingungen dieser Parteien, wie auch die Unlust der von Thugutt vertretenen Partei, sich mit Elementen der Rechten zusammenzutun, bewogen Thugutt seine Mission niederzulegen. Daraufhin rief dann der Präsident der Republik Herrn Władisław Grabski an das Steuer der Regierung, der, — nachdem er sich einer Anzahl von Privatpersonen erwählt hatte, die dem politischen Leben fernstehen und der Nationaldemokratie die äußeren Angelegenheiten gelassen hatte —, ein Kabinett mit der Parole der ausschließlichen Arbeit an der Sanierung von Valuta und Finanzen schuf. Als Grabski sich an den Sejm wandte, forderte er von ihm in Hinsicht auf die vorherigen Erfahrungen sowie in Hinsicht auf die Notwendigkeit eines möglichst eiligen Tempos für die Gesetzgebung breite gesetzgeberische Vollmachten.

Alle polnischen Sejmparteien gingen mit einer kleineren oder größeren Überwindung ihrer eigenen Interessen und Empfindlichkeit dem neuen Regierungschef zur Hand, der dank dessen im Verlaufe eines halben Jahres eine reale Valuta einführen und eine Reihe von Verordnungen erlassen konnte, die die Aufstellung eines ersten ernst zu nehmenden Budgetvoranschlages ermöglichten.

Die letzten Monate der Sejmsession

waren dank dessen mit fieberhafter, erfolgreicher und nützlicher Arbeit angefüllt, die die Anerkennung verdient, die ihr der Sejmmarschall in seiner Rede zollte. Man darf aber auch nicht vergessen, daß die große Arbeit und Energie des Herrn Władisław Grabski Grundlage, Rahmen und Bedingungen für diese Arbeit schuf, ohne die der durch den besten Willen beseelte Sejm nicht imstande gewesen wäre, die Aufgaben, die er zu erfüllen verpflichtet war, zu erledigen. **Eine Staatstätigkeit wird nicht durch Wunder und durch eine glückliche Hand ausgeführt, sondern durch eine gesunde Willenskraft, Wissen, Fähigkeit, Eifer und selbstlose Hingabe.** Diese Fähigkeiten haben die Eigenschaft, daß sie das Vertrauen und die Achtung derer erwerben, die den Einzelheiten oder der Richtung der einzelnen Unternehmungen kritisch gegenüberstehen und mit einer gewissen Unruhe die Nichtbeachtung der Gesamtheit aller Schwierigkeiten und Ziele, mit denen die weitsichtige Staatsvernunft rechnen muß, beobachten.

Außer der häufig dem Staatsschatz gewidmeten Arbeit erledigte der Sejm auch in der letzten Zeit die gesetzliche Regelung der sprachlichen Rechte der drei Minderheitengruppen, in Schule, Gericht und Amt. Die Regierung hatte an diesem Werk weiter keinen anderen Anteil, als die halb außerparlamentarische Anknüpfung von Verhandlungen zwecks eines Kompromisses, der die zur Genehmigung der betreffenden Gesetze nötige Mehrheit der polnischen Stimmen sicherte. Auf Grund dieser Gesetze erfolgte eine Annäherung der Anschauungen zwischen St. Thugutt und Wł. Grabski, und die Rechtspresse verbindet mit dieser Annäherung große Hoffnungen für die Zukunft.

Die Regierung erfüllte hier leider nicht ihre einfache Pflicht: sie nahm dem von den beiden erwähnten Parlamentariern bearbeiteten Projekte gegenüber keine Stellung ein und bereitete nicht einmal den Grund vor, auf dem die zur Herbeiführung des Friedens in den Grenzgebieten und in bezug auf die Nachgiebigkeit der dortigen fremdsprachlichen Bevölkerung weitgehenden Gesetze tatsächlich zu einem Werkzeug des Friedens und nicht zum Werkzeug eines verschärften und noch mehr als vorher angefochten innerpolitischen Krisis würden. Sie dachte nicht daran, daß ohne die Einführung des Selbstverwaltungsgesetzes durch den Sejm die Genehmigung neuer Demonstrationsgesetze zugunsten der Minderheiten, vor allem aus taktischen Gesichtspunkten unsachlich ist, da sie die Pflichten des Staates und die Schwierigkeiten ihrer Ausführungen mehrt, ohne daß sie auf ein Äquivalent der Dankbarkeit und des Vertrauens von seiten der grundsätzlich dem Staate feindlich eingestellten fremdstämmigen Gruppen rechnen könnte.

Die durch die Rechtspresse als Synthese eines Programms der staatlichen Politik in bezug auf die Grenzprobleme hingestellte Bedeutung dieser Gesetze beruht scheinbar auf einem großen Mißverständnis. Alle Kommentare und Mitteilungen der Rechten stellen diese Gesetze als Triumph des nationalistischen Gedankens und als Ergebnis der

Theorie eines Nationalstaates

dar. **Das ist eine offensichtlich falsche Darstellung im Sinne jener „Schwindelmethode", über die wir bereits geschrieben haben. Der Inhalt dieser Gesetze ist vielmehr eine bedeutende Bresche in der nationalistischen Doktrin, die in einem Staate von 30 Prozent fremdstämmiger Bevölkerung unmöglich durchgeführt werden kann.** Diese Art von Kommentaren zeugen aber von dem Geist, mit welchem die hinter Grabski stehenden Parteien zur praktischen Anwendung dieser Gesetze schreiten werden. Wenn das Kultus-, Justiz- und Innenministerium weiterhin unter dem Einfluß der Rechten bleiben, muß man die Furcht hegen, daß der Gegensatz zwischen diesen Gesetzen und der Art ihrer praktischen Anwendung die Verhältnisse in den Grenzgebieten nicht nur erschweren, sondern auch die Mißklänge innerhalb des Sejm erweitern und die Auslandspolitik des Staates erschweren wird.

Kompromisse sind die Grundlagen der Politik, jedoch nur dann haben sie eine positive und nicht negative Bedeutung, **wenn sie auf beiden Seiten mit vollkommener Loyalität und ohne Nebengedanken abgeschlossen werden.** Diese Loyalität und dieses Fehlen von Nebengedanken kann man auf der rechten Seite des Hauses nicht bemerken, die Sprachengesetze außerdem scheinbar noch in erster Linie zum Trittbrett der verworrenen und verzwickten Parteitaltik behandelt.

Die Sejmsession endet mit einer Verlängerung der Vollmachten für die Regierung. Die Konstitution fordert, daß die erste ordentliche Session des Sejm zur Genehmigung des nächstjährigen Budgets im Oktober berufen werden soll. Die Regierung hat zwei bis drei Monate vor sich zur Entfaltung ihrer Exekutivtätigkeit, die frei von der Kontrolle des Sejm ist. Man darf nicht daran zweifeln, daß sie diese Zeit nicht zu Experimenten taktisch-parteiischer Natur verwendet, sondern zu einer tatsächlich gesunden Sanierung aller Zweige der Verwaltung gemäß des Versprechens, das der Regierungschef zu Beginn der Budgetdiskussion abgab. **Die Sanierung läßt sich offensichtlich nicht ohne geeignete Leute auf dem geeigneten Platze durchführen, die den bisherigen Dilettantismus und ihre Empfindlichkeit für parteiische Einflüsse durch eine Fachkenntnis ersetzen, die einzig und allein nur das unparteiisch verstandene Interesse des Staates im Auge hat."**

Der Złoty (Gulden) am 22. Juli
(Vorbörslicher Stand um 10 Uhr vormittags).

Danzig:	1 Dollar =	5,23	Złoty
	100 Złoty =	109	Gulden
Warschau:	1 Dollar =	5,21	Złoty
	1 Danz. Guld. =	0,91¼	Złoty
Rentenmark . .	=	1,26	Złoty

Die Londoner Konferenz.

Die für den gestrigen Montag angesetzte Vollsitzung der Konferenz hat nicht stattgefunden, sie soll am heutigen Dienstag abgehalten werden. In dieser Sitzung soll auch die Frage, ob Deutschland zu den Beratungen eingeladen werden soll, endgültig entschieden werden. Angeblich soll die Konferenz mit ihren Arbeiten so ziemlich fertig sein; dem widerspricht aber die Tatsache, daß im 2. Ausschuß Schwierigkeiten entstanden sind über den Abbau der Wirtschaftssanktionen im Rheinland. Um die Diskussion in diesem Ausschuß zu erleichtern, hat man sich unter den Alliierten darüber verständigt, daß die Frage der militärischen Räumung des Ruhrgebiets zurückgestellt werden soll, bis auf der Pariser Konferenz am 1. August eine Lösung der Sicherungsfrage gefunden ist, die automatisch einen Abbau der Ruhrbesetzung zur Folge haben müßte, wenn diese Lösung für England und Italien annehmbar sein könnte.

Frankreich und Belgien beanspruchen das Recht, 4000 französische und belgische Eisenbahner im Rheinland zu belassen zur Sicherung der Okkupationstruppen, falls die deutschen Eisenbahner streiken sollten. England widersetzt sich dieser Forderung; eine Einigung konnte bisher nicht erzielt werden, da Frankreich an seiner Forderung festhält. Von englischer Seite wird erklärt, daß diese Frage das Werk der Konferenz nicht gefährden werde. Ob das die Ankündigung eines neuen englischen Umfalls ist, ist nicht ganz klar.

Nach Pressemeldungen hätten sich die Sachverständigen des 2. Ausschusses mit den deutschen Mitgliedern der durch den Dawesplan eingesetzten Kommission zur Organisation der Reichseisenbahn-Betriebs-Gesellschaft in Verbindung gesetzt, um den deutschen Standpunkt bezüglich einer Belassung von ausländischen Eisenbahnern kennen zu lernen. Von deutscher Seite soll darauf hingewiesen worden sein, daß die Entfernung aller ausländischen Elemente aus der Verwaltung und aus dem Personal der Reichseisenbahn eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Anwendung des Dawesberichtes sei.

Auch in der 3. Kommission hapert es; darüber berichtet der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph" folgendes: Die Kommission habe ihre Arbeiten so gut wie beendet; es besteht aber ein technisches Hindernis, das erst beseitigt werden müsse, ehe sie ihren Bericht fertigstellen könne. Die Kommission komme nach gründlicher Erforschung der Frage zu dem Schluß, daß der in der englisch-französischen Note vom 9. Juli enthaltene Vorschlag zur Schaffung einer interalliierten Körperschaft zur Behandlung der Reparationsleistungen undurchführbar und tatsächlich auch unnötig sei, da vielmehr eine Reihe Bureaus nötig sei, um der Reparationskommission die unerläßlichen deutschen Verzeichnisse für die Sachleistungen im kommenden Jahre zu liefern. In keiner Kommission hätten so wenig Meinungsverschiedenheiten bestanden — die einzige bezöge sich auf die Kohlenlieferungen, die Deutschland den Alliierten nach 1930 machen sollte, wenn die volle Dawes-Annuität im Gange sei. Außerdem wurde die Umwandlung bestehender besonderer Vereinbarungen des Micum-Abkommens und der ad hoc geschaffenen Vereinbarungen in einem neuen Abkommen erörtert. Das erwähnte technische Hindernis bestehe darin, daß, um den vollen Bericht auf dieser Grundlage zu entwerfen, die Kommission über die ihr zugewiesenen Bedingungen hinausgehen müßte. Es wurde besonders von den britischen Mitgliedern darauf hingewiesen, daß nichts geschehen könne ohne eine neue Anordnung der Konferenz. Macdonald vertrat auf jeden Fall, als man sich in dieser Frage an ihn wandte, die Ansicht, daß allein die Konferenz zu einer Erweiterung der Bedingungen ermächtigen könne. Daher war die Kommission gezwungen, der Konferenz mitzuteilen, daß sie im Entwurfe ihres Berichts nicht fortfahren könne, bevor diese Ermächtigung erteilt würde.

Stresemann über die Londoner Konferenzen.

Die „Zeit" veröffentlicht einen längeren Aufsatz über die Stellungnahme Deutschlands zur Londoner Konferenz, der zweifellos aus der Feder des Reichsministers des Äußern selbst herrührt. Wir entnehmen dem Aufsatz folgende Sätze:

Die ersten Tage der Londoner Verhandlungen haben keine Sensation gebracht. Was sich bisher dort abgespielt hat, ist ein Kampf der französischen Auffassung, vertreten durch die französische Bureaukratie, gegen den Standpunkt Englands. Es handelt sich hier um eine Aufgabe, den Wirrwarr aufzulösen, der durch die Besprechungen in Chequers in Paris entstanden ist.

Der französische Ministerpräsident redet und handelt heute so, als ob das Gutachten der Sachverständigen nichts anderes sei, als eine Arbeit des Wiederherstellungsausschusses, der sich zu diesem Zweck an einige bekannte Finanzgrößen gewandt habe, als ob es sich bei diesem Gutachten um ein Ergebnis handle, das man als Beschluß der Verbündeten Deutschland einfach mitteilen könne. Inzwischen ist derselbe Herriot auf eine Bahn gedrängt worden, auf der ihm einseitige Befehle und Sanktionsdrohungen gegen Deutschland geläufig werden. Er hat sich in einer schwachen Stunde auch zu der Ansicht Poincarés bekehren lassen, daß die Frist der Räumung überhaupt noch nicht zu laufen angefangen habe.

Wer sich der ersten Kundgebung Herriots erinnert, der kann sich nicht vorstellen, daß diese Auffassungen, zu denen sich Herriot im französischen Senat bekannt hat, wirklich die

eigenen Ideen des französischen Ministerpräsidenten sind. Deshalb kann man auch noch damit rechnen, daß Herriot sich wieder freimachen wird, wenn ihm von anderer Seite eine Brücke gebaut wird, auf der er zu seinen eigenen Ideen zurückkehren kann. Ob und wie es ihm gelingt, diese Brücke zu bauen, das ist die Frage der Londoner Konferenz.

Entscheidend ist das Auftreten der amerikanischen Abordnung. Die Amerikaner sind durch hervorragende Männer in London vertreten: durch den Botschafter Kellog, den Berliner Botschafter Houghton und Owen Young, den eigentlichen Verfasser des Gutachtens, das man ganz unberechtigterweise den „Dawesplan“ nennt. Auch der amerikanische Staatssekretär Hughes wird in London für die amerikanische Auffassung eintreten können. Nach dieser Auffassung ist die Aufnahme des Gutachtens von größter Bedeutung. Die republikanische Regierung, die der Beteiligung Amerikas an der Abfassung des Gutachtens zugestimmt hat, hat nun auch ein großes Interesse daran, daß die Befriedung Europas auf diese Weise gelingt. Mißlingt sie, so ist der Kampf um die Präsidentschaft für die Republikanische Partei zwar nicht verloren, aber die Regierung wird doch ihres besten Mittels beraubt, mit dem sie andernfalls zeigen könnte, welches große Verdienst sie sich durch diese ihre Politik erworben hat. Man wird deshalb annehmen können, daß die Amerikaner alles tun, um zu einer Übereinstimmung in London zu kommen. Man sieht sie auch bereits als Schöpfer von Kompromißformeln tätig, Kompromißformeln, die im übrigen für Deutschland nicht ganz ungefährlich sind.

Das Entscheidende ist wohl, daß die Amerikaner nicht als reine Beobachter auf die Konferenz gekommen sind, sondern als Vertreter der amerikanischen Finanzmächte, die erst die Grundlage für die Ausführung des Gutachtens schaffen sollen. Wer große Kredite gibt, um einem Lande damit aufzuhelfen, der hat naturgemäß ein Interesse daran, daß dieses Land nicht durch Sanktionsdrohungen, durch Offenheit seiner Grenzen, durch militärische Besetzung oder auch durch Einengung seiner Wirtschaftskraft leistungsunfähig gemacht wird. Die Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit ist eine Forderung, die in dem Gutachten als Voraussetzung aufgestellt wird. Es wird ausdrücklich gesagt, daß die wirtschaftlichen Leistungen Deutschlands um soviel später zu laufen beginnen, als die Wiederherstellung der Einheit verzögert wird. Es ist aber auch notwendig, darauf hinzuweisen, daß die militärische Räumung ebenso große Voraussetzung für jede produktive Tätigkeit Deutschlands ist. Das wird sicher auch vom wirtschaftlichen Standpunkt in dem Anleiheausschuß empfunden und deutlich gesagt werden. Wir glauben nicht, daß Herriot gegen eine militärische Räumung ist, und wir haben Grund zu dieser Annahme. Freilich steht ihm auch in dieser Frage, wie in den andern, eine starke Opposition in Frankreich gegenüber, die auf jedes Wort aufpaßt, das in London gesprochen wird.

Man ringt noch in London um die Entscheidung zwischen den einzelnen Faktoren. Bisher hat man die deutsche Regierung nicht eingeladen, und es ist noch nicht zu erkennen, ob man einseitig bestimmen oder Deutschland hören will. Man kann sich allenfalls vorstellen, daß die verbündeten Mächte zunächst zu einer Einigung unter sich zu kommen versuchen. Man wird sich aber in London darüber klar sein müssen, daß eine Übermittlung dieser Beschlüsse an Deutschland in dem Sinne, daß Deutschland nur annehmen oder ablehnen kann, nicht möglich ist, sondern daß Deutschland ein brennendes Interesse daran hat, seine Auffassung zur Geltung zu bringen. Ob das in Form einer Teilnahme an der Londoner Konferenz geschieht oder auf diplomatischem Wege, scheint uns eine Frage zweiter Ordnung zu sein. Ausschlaggebend ist allein, daß Deutschland ein Diktat oder ein Ultimatum nicht entgegennehmen kann. In dieser Beziehung besteht eine volle Übereinstimmung mit der Entschließung der deutschnationalen Reichstagsfraktion, die auch im übrigen Gedanken ausspricht, die über diesen Kreis hinaus Zustimmung finden werden.

Wir haben den aufrichtigen Wunsch, durch Annahme des Gutachtens zu einer Verständigung und zur Herstellung vernünftiger Beziehungen zwischen uns und Frankreich zu kommen. Das ist eine Auffassung, die jeder vernünftige Deutsche teilt. Man muß nur in Frankreich verstehen, daß man denjenigen politischen Parteien in Deutschland, die gewillt sind, sich auf diesen Standpunkt zu stellen, nicht entgegentreten kann mit einseitigen französischen Sanktionsdrohungen. Man muß verstehen, daß das Gutachten nicht nur ein finanzielles und wirtschaftliches Rechenexempel ist, sondern der Versuch, eine neue Ära in der Beziehung der Völker zu schaffen und damit einen Übergang von einer Gegenwart des Hasses und der Revanche zu einer Zukunft der Verständigungen. Das wird möglich sein, wenn auf allen Seiten diese Verständigung gesucht wird, aber es wird nicht möglich sein, wenn man Reste der bisherigen französischen Gewaltpolitik noch bestehen läßt und wenn man die Möglichkeit einseitiger Sanktionen weiter offenläßt.

Frankreich und Deutschland stehen in der nächsten Zukunft vor großen Entscheidungen über die Gestaltung ihrer gegenseitigen Beziehungen. Die Frage der Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern muß vertraglich gelöst werden und auch die Frage des Wiederaufbaus der zerstörten Gebiete Frankreichs wird vielleicht auf diesem Wege besser geregelt werden, als durch die bisherigen Methoden.

Daß es der Wunsch der deutschen Regierung ist, ihrerseits zur Inkraftsetzung des Gutachtens alles zu tun, was möglich ist, unterliegt keinem Zweifel. Letzten Endes hat aber der Reichstag die Entscheidung über diese Frage, und ob es möglich ist, die nötige Mehrheit im Reichstag für die Verabschiedung der Gesetze zu finden, das hängt davon ab, ob man, abgesehen von den Änderungen, die, wie wir zu wissen glauben, die Gesetzentwürfe selbst bringen, auch auf der Gegenseite das Gutachten in dem Geiste annimmt und durchführt, in dem es verfaßt ist, und ob man Deutschland auch in denjenigen Ehren- und Freiheitsfragen genug tut, die für und unlöslich mit dem Gutachten verbunden sind.

*

Die „Zeit“ bezeichnet ferner die in London zutage getretenen Vorschläge über die Sanktionsfrage sowohl in der französischen wie in der englischen Fassung als für die deutsche Auffassung schlechterdings unannehmbar. Durch sie würde mindestens indirekt die französische These anerkannt, wonach Frankreich von sich aus die Sanktionen verhängen könnte, was der in der Note vom 11. August 1923 niedergelegten englischen Rechtsauffassung widersprechen würde. Die behandelten Fragen seien von solcher Bedeutung, daß von der endgültigen Entscheidung dieser Punkte auch die Stellung der deutschen Regierung zum Dawesplan mit beeinflußt wird.

Eine neue Konferenz in Vorbereitung?

Paris, 20. Juli. (WTB.) Nach dem Londoner Berichterstatter des „New York Herald“ besteht die Aussicht, daß das Problem der französischen Sicherheit und die Frage der interalliierten Schulden unabhängig von der jetzigen Londoner Konferenz in etwa 14 Tagen zur Sprache kommen würden. In Chequers dürfte der englische Premierminister über Sonnabend und Sonntag Gelegenheit haben, die Möglichkeiten kennenzulernen, die französische öffentliche Meinung in der Sicherheitsfrage zufriedenzustellen, und sich über die Aussichten einer Regelung der Schuldenfrage zu vergewissern.

Rußland und Polen.

Minsk, 21. Juli. In Minsk wurde der vierte Jahrestag der Befreiung Weißrußlands von den polnischen Truppen feierlich begangen. Anläßlich dieses Jahrestages hat die weißrussische Sowjetregierung folgenden Aufruf erlassen:

„Sowjetweißrußland denkt nicht daran, sich in die inneren Angelegenheiten Polens zu mischen; es kann aber nicht gleichgültig zusehen, wie seine Brüder unter dem Joch des polnischen Chauvinismus leiden. Wir versichern unsere Brüder jenseits der Grenze der unwandelbaren Treue!“

Die Liquidierung deutscher Güter.

Eine amtliche Richtigstellung.

Warschau, 22. Juli. (PAT.) Die offiziöse Polnische Telegraphen-Agentur verbreitet folgende Meldung:

„In der letzten Zeit erschien in der Tagespresse eine Reihe von Artikeln, in denen die Liquidierung deutscher Güter ungenau und falsch dargestellt wurde. Angesichts der Verpflichtungen, die Polen gegenüber dem Völkerbundrat eingegangen ist, muß festgestellt werden, daß im Zusammenhange mit dem Verlauf der letzten Session des Völkerbundrats von der Regierung Ermittelungen angeordnet wurden, ob tatsächlich nach dem 14. März 1924 Liquidierungen vorgenommen worden sind, die mit der Verpflichtung der polnischen Regierung im Widerspruch stehen, evtl. aus welchem Grunde dies geschehen ist, und wer hierfür die Verantwortung trägt. Bis zur vollkommenen Klärung dieser Frage sind sämtliche Pressenachrichten über die angebliche Verantwortlichkeit von Einzelpersonen oder amtlichen Organen als auf unwahren oder direkt falschen Gerüchten beruhend, anzusehen.“

Auf der Ministersuche.

Wer wird Außenminister?

Warschau, 22. Juli. Gestern nacht ist Ministerpräsident Grabski aus Spała zurückgekehrt, ohne jedoch eine Entscheidung mitgebracht zu haben. Abg. Thugutt, der sich am Sonntag gleichfalls nach Spała begeben hatte, ist noch dort geblieben.

Im gegenwärtigen Augenblick stellt sich die Lage so dar, daß der Nationale Volksverband und die Piasten die Kandidatur Alexander Skrzyńskis als casus belli ansehen. Dieser Standpunkt, besonders der der Piasten, ist um so origineller, als der vom Vorstandsmitgliede der Piasten Marjan Dombrowski herausgegebene „Ilustrowany Kurjer Krakowski“ die Kandidatur Skrzyńskis unterstützt.

Die Kandidaten des Nationalen Volksverbandes und der Piasten sind Kazimierz Olszowski, Gesandter in Berlin, und Wladyslaw Wróblewski, Gesandter in Washington. Doch die Regierung weigert sich, auf diese Kandidaturen einzugehen, und zwar unter Vorbehalten, die sich aus der allgemeinen internationalen Lage ergeben. Auf diese Weise haben wir auch jetzt noch im Außenministerium ein Provisorium.

Gestern konferierte der Ministerpräsident vom frühen morgen an mit verschiedenen Senatoren und gegen mittag hatte er ein längeres Telephongespräch mit dem Staatspräsidenten. Nach diesem Gespräch waren im Sejm Gerüchte im Umlauf, daß die Demission Zamoyskis nicht angenommen wird, daß also auf dem Posten des Außenministers keine Veränderung eintreten werde.

Polnische Vorbereitungen für die Völkerbundtagung.

Im Außenministerium und in anderen interessierten Ämtern wird gegenwärtig das Material für die polnische Delegation vorbereitet, die sich zu der am 1. September beginnenden Völkerbundtagung begeben soll. In dieser Woche werden unter Teilnahme des Ministerpräsidenten Grabski Beratungen stattfinden, bei denen dieses Material besprochen und Instruktionen für die Delegationen festgelegt werden sollen. Die Zusammensetzung der Delegation steht heute noch nicht fest, genannt werden vorläufig außer dem Minister Skrzyński Lukasiewicz und Arciszewski. Außer diesen drei Diplomaten werden noch zwei bis drei Personen bestimmt werden, die an den Arbeiten in den Kommissionen des Völkerbundes teilnehmen werden. In den Beratungen wird auch die gegenwärtig in London stattfindende Konferenz besprochen werden.

Die interalliierten Schulden.

Eine französische Nachrichtenagentur berichtet aus Washington, es werde hartnäckig das Gerücht verbreitet, daß die französische und vielleicht auch die italienische Regierung sich mit dem Statssekretär Hughes und Schatzsekretär Mellon in Verbindung setzen werden, während diese sich in Europa aufhielten, um über die französische und italienische Schuld bei den Vereinigten Staaten zu verhandeln. Die Verhandlungen sollen nicht eine Herabsetzung der Schulden zum Gegenstand haben, sondern vielmehr eine Verständigung über die Erleichterungen der Jahreszahlungen. Praktisch würde dies allerdings eine beträchtliche Herabsetzung nach sich ziehen.

Andererseits habe das amerikanische Schatzamt einen Plan aufgestellt, in dem die Möglichkeit vorgesehen werde, die interalliierten Schulden bei den Vereinigten Staaten, einschließlich der französischen, insgesamt in einem Zeitraum von 30 Jahren zu amortisieren, trotzdem das Abkommen mit England eine Tilgungsfrist von 60 Jahren vorsieht.

Ein englischer Abrüstungsplan.

Die englische Regierung hat dem Völkerbund ihre Absicht bekanntgegeben, zu geeigneter Zeit eine Konferenz aller Regierungen der Welt einzuberufen oder einberufen zu helfen, die sich mit dem Plan einer allgemeinen Abrüstung befassen soll. Ministerpräsident Macdonald hebt, wie die „Danz. Ztg.“ schreibt, in seiner Mitteilung ausdrücklich hervor, daß diese Konferenz auch diejenigen Regierungen umfassen sollte, die noch nicht dem Völkerbund angehören. Die englische Regierung hebt hervor, daß bereits in dem Entwurf der 26 Staaten, die früher schon auf den Entwurf eines Garantiepaktes geantwortet haben, eine Menge von berechtigten Einwendungen gegen den Garantiepakt enthalten seien, die sich in folgende Fragen zusammenfassen ließen:

1. Sind die Garantien des Garantievertrages derart, daß ein Staat daraufhin seine Rüstungen herabsetzen könnte?

2. Sind die einzelnen Verpflichtungen derart, daß die Regierungen sich mit gutem Gewissen verpflichten können, sie zu erfüllen?

In ausführlicher Begründung, die besonders auf die Schwierigkeiten des Bestimmens des Angreifers durch den Völkerbundsrat und die Schwierigkeiten der effektiven militärischen Unterstützung hinweist, antwortete die englische Regierung, daß die von dem Vertragsentwurf geleistete Garantie so unsicher sei, daß daraufhin keine verantwortliche Regierung sich in der Lage sehen würde, irgendeine Herabsetzung ihrer Rüstungen vorzunehmen. Der Abschluß eines solchen Garantievertrages hätte also keinerlei Sinn. Das hätten auch die Urheber des Vertragsentwurfes gefühlt und deshalb das System von Sonderverträgen, die dem allgemeinen Vertrag einverleibt werden könnten, entworfen. Dieses System, gegen das man mit Recht geltend gemacht habe, daß es nur die alten, dem Weltfrieden so gefährliche Bündnisse und Gegenbündnisse neu beleben würde, nützt zudem nichts, solange bedeutsame Staaten dem Völkerbunde nicht angehören. Außerdem sei vorauszusehen, daß dieses System zu Konflikten zwischen dem Völkerbundsrat und den Mitgliedstaaten führen müsse. Überhaupt erhalte der Rat des Völkerbundes durch dieses System die Rolle eines Exekutivorgans, während er nach dem Pakt nur ein beratendes Organ sei, und er sei übrigens wenig geeignet, die Überwachung über Militärstreitkräfte zu übernehmen, die gegen ein oder mehrere Staaten operieren.

Die Europapolitik Amerikas.

Lloyd George beschäftigt sich in einem Artikel im „Daily Chronicle“ mit dem Einfluß der amerikanischen Wahlen auf die Europapolitik der amerikanischen Regierung. Wie die „Voss. Ztg.“ meldet, schreibt er darüber:

Präsident Coolidge hat seiner Auffassung bezüglich der amerikanischen Europapolitik Ausdruck gegeben, als er für die direkte Teilnahme Amerikas an der Untersuchung der Finanzlage Deutschlands durch Sachverständige eintrat. Seine Aktion ist unterstützt worden durch die Tatsache, daß der Vorsitzende des Sachverständigenausschusses, der General Dawes, ein Amerikaner war, und daß Dawes jetzt von der republikanischen Konvention als Vizepräsidentschaftskandidat nominiert worden ist. Diese Wahl verpflichtet die republikanische Partei, an der Anwendung des Dawes-Planes mitzuwirken.

Für uns auf dieser Seite des Atlantischen Ozeans scheint die neue Politik eine vollständige Verleugnung der Politik der Isolierung zu sein. Die alte Politik seit 1919 bestand darin, daß irgendein amerikanischer Beamter während einer internationalen Konferenz sich in eine Parkettloge setzte und über das Spiel auf der politischen Bühne interessante Briefe nach Hause schrieb. Jetzt spielt Amerika eine große Rolle in dem zur Zeit vor sich gehenden neuesten, wichtigen Akt des großen Dramas. Was aber wichtiger ist, ist, daß Amerika bereit ist, einen Teil der Kosten für das Schauspiel aufzubringen.

Es trifft zu, daß die republikanische Partei vom Völkerbunde nichts wissen will, und daß die Völkerbundsatzungen verleugnet werden. Aber was für Europa am wichtigsten ist, gipfelt darin, daß Amerika wiederum bereit ist, den Atlantik zu überqueren, nachdem Amerikas Abwesenheit aus dem Beratungszimmer der Welt so verhängnisvoll war. Amerikas Anwesenheit in Zukunft ist sichergestellt, gleichgültig, ob ein Republikaner oder ein Demokrat gewählt werden sollte.

Asquith über die Räumungsfristen.

In der Unterhausdebatte vom Dienstag kam Asquith als Führer der liberalen Opposition u. a. auf die Frage der Räumungsfristen zu sprechen. Aus dem jetzt vorliegenden Wortlaut seiner Rede tragen wir, nach der „D. Allg. Ztg.“, folgendes nach:

„Der Hauptpunkt ist für mich — das ist eine Lebensfrage für die Zukunft der englisch-französischen Beziehungen — die Räumung des besetzten Gebietes auf dem westlichen Rheinufer. Die im Vertrage vorgesehenen fünf Jahre sind im Januar 1925 abgelaufen. Gemäß den Bestimmungen des Artikels 429 haben unsere Truppen dann keinen Rechtsgrund mehr (cease to have a legal title), die Besetzung aufrechtzuerhalten. Ich glaube, es ist unsere volle Pflicht, eine klare Vertragsverpflichtung, unser Wort in dieser Frage zu halten.

Rücktritt General Degouttes?

Wie aus Düsseldorf berichtet wird, wird unbestätigten Gerüchten zufolge der Oberkommandierende der Rheinarmee, General Degoutte, demnächst von seinem Posten zurücktreten und durch General Georges ersetzt werden. Der Oberkommissar der Rheinlandkommission, Tirard, und General Degoutte weilen übrigens zurzeit in Paris, von wo aus sie sich demnächst nach London begeben werden, wenn dort die Rheinlandfrage zur Sprache kommen wird.

Deutsches Reich.

Die Deutschnationalen gegen London.

Von deutschnationaler Seite wird der Telegraphen-Union mitgeteilt:

Die deutschnationale Reichstagsfraktion hat am Donnerstag nachmittag und am Freitag vormittag eingehend die Lage besprochen, die sich aus den Londoner Verhandlungen ergibt. Mit ernster Sorge sieht die Fraktion dem Ergebnis der Londoner Konferenz entgegen, zu der die deutsche Regierung noch nicht einmal eingeladen worden ist. Wiederum steht also Deutschland vor einem Diktat der alliierten Mächte, dem es sich fügen soll, ohne an den Einzelheiten der zu treffenden Abmachungen entscheidend mitzuwirken. Dabei scheint es, abgesehen von vielen anderen untragbaren Zumutungen, dahin kommen zu sollen, daß Deutschland ungeheuerliche Lasten und Beschränkungen seiner Selbständigkeit auf sich nehmen soll, ohne daß es Sicherheit für die Befreiung von Rhein und Ruhr und dafür erhalten soll, daß weitere sogenannte Sanktionen in Zukunft ausgeschlossen sind. Die militärische Räumung der widerrechtlich besetzten Gebiete ist bisher nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Auch die Wiederherstellung der wirtschaftlichen, finanziellen und Verwaltungshoheit in dem ganzen besetzten Gebiete scheint in unabsehbare Ferne gerückt.

Auf diese Weise kann das von den Sachverständigen vorgeschlagene Abkommen nicht die freiwillige Zustimmung des deutschen Volkes finden, die von den ausländischen Geldgebern zur Voraussetzung der Deutschland zu gewährenden Kredite gemacht wird. Die deutschnationale Reichstagsfraktion jedenfalls ist nicht gewillt, ein Abkommen auf solcher Grundlage zustandekommen zu lassen. Die Maßnahmen, die je nach dem weiteren Verlauf der Verhandlungen von ihr zu ergreifen sind, wurden beraten und vorbereitet.

Keine Differenzen zwischen Marx und Stresemann.

In der letzten Zeit war mehrfach von Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler Dr. Marx und dem Außenminister Dr. Stresemann die Rede. Die Deutschnationalen hatten dies benützt, um Änderungen in der Zusammensetzung der Regierung zu verlangen und den Rücktritt des Reichskanzlers gefordert, während sie mit dem Verbleiben Stresemanns sich einverstanden erklärten, da dieser im wesentlichen ihre Forderungen akzeptiert haben soll. Erklärungen, die von maßgebender Stelle ausgehen, versichern nun, daß keine Meinungsverschiedenheiten im Kabinett bestehen. Gerade in den letzten Tagen hat im Reichskabinett von neuem eine Aussprache über die auswärtige Politik stattgefunden, und es ist einmütig beschlossen worden, daß

2. Blatt. **Deutsche Rundschau.** Nr. 168.

Bromberg, Mittwoch den 23. Juli 1924.

Pommerellen.

22. Juli.

Graudenz (Grudziądz).

a. **Zur Grunwaldfeier** hatten sich gestern viele hiesige und auswärtige Vereine zusammengefunden. Zahlreiche Häuser waren geflaggt und auf dem Getreidemarkt hatte man Flaggenmasten und eine Rednertribüne aufgebaut. Es fehlte auch nicht an Musik. Ein Umzug der Vereine mit ihren Fahnen durch die Stadt fand statt. *

e. **Schützenhausgarten.** Im Vorjahre wurde der Schützenhausgarten modernisiert. Die Anlage machte einen wirklich schönen Eindruck. Nachdem nach dem Abbrande des Saales das Theater nach dem Tivoli-Saale verlegt ist, läßt man dem Schützenhausgarten keine Pflege mehr angedeihen. Die Wege sind mit Gras und Unkraut bewachsen und die Anlage macht einen ungepflegten Eindruck. *

d. **Evangelischer Militärgottesdienst.** Nachdem in den letzten Jahrzehnten Graudenz zu einer starken Garnisonstadt geworden war, wurden seitens der Heeresverwaltung zwei Militärgeistliche angestellt. Für die evangelische Garnisongemeinde war ein evangelischer Divisionspfarrer und für die katholische ein katholischer. Beide waren den Armeebischöfen unterstellt. Nach der politischen Umgestaltung ist ein evangelischer Garnisonpfarrer hier nicht vorhanden. Gelegentlich hat man früher den ersten evangelischen Geistlichen um seine Mitwirkung bei Rekrutenvereidigungen gebeten, hat aber später davon Abstand genommen. Die protestantischen Soldaten besuchen wohl teils die hiesige evangelische Kirche, gehen auch mit den katholischen Soldaten zur katholischen Kirche, besondere Gottesdienste für sie finden aber nicht regelmäßig statt. Bei besonderen Anlässen kommt ein polnisch sprechender evangelischer Geistlicher aus Posen, wohl Militärgeistlicher, welcher kirchliche Handlungen vornimmt. Eine evangelische Garnisongemeinde scheint hier nicht zu bestehen. *

Thorn (Toruń).

≠ **Von der Weichsel.** Sonntag betrug der Wasserstand 0,29 Meter, Montag früh 0,30 Meter über Normal. — Aus Danzig traf Dampfer „Józef Poniatowski" mit sechs Kähnen im Schlepp ein. Dampfer „Herold" brachte eine Trafte von hier nach Bromberg. **

≠ **Die Krankenkassenwahlen** hier am letzten Sonntag zeitigten ein klägliches Ergebnis. Von 7831 Wahlberechtigten gaben nur 1713 ihre Stimmen ab, also nur etwa der vierte Teil. Auf die Liste 1 des Z. Z. P. (Vereinigung der polnischen Berufsverbände) entfielen 1175 Stimmen (3 davon ungültig); auf die Liste 2 (Sozialisten) kamen 446 Stimmen (darunter 6 ungültige) und auf die Liste 3 (Christl. Berufsvereinigung) 91 Stimmen, die sämtlich ungültig waren, da die Zettel nur die Listennummer, jedoch nicht den Namen des Spitzenkandidaten trugen. Die Liste 1 brachte somit 15 Kandidaten, die Liste 2 fünf Kandidaten durch, gegen 14 bzw. 6 bisher. **

≠ **Die Stadtverordnetenwahlen** hier sind, wie wir erfahren, um ein Jahr verschoben worden. **

≠ **Ein Unglücksfall** ereignete sich vor einigen Tagen auf dem Thorner Stadtbahnhof. Bei Einfahrt eines Zuges geriet der Bahnarbeiter Zielaskowski zwischen Bahnsteig und Zug und erlitt dadurch Verletzungen am Kopf und rechten Arm. Nachdem ihm auf dem Bahnhof die erste Hilfe zuteil geworden war, sorgte die Rettungswache für seine Überführung nach dem städtischen Krankenhause. **

tz. **Aus dem Kreise Schwetz,** 21. Juli. Die evangelische Schulstelle zu Brattwin ist in eine polnische umgewandelt. Lehrer Lawrenz wurde nach Julienhof bei Heinrichsdorf versetzt. Es war dieses die letzte evangelische Schulstelle der Schwetz-Neuenburger Niederung. — Die Heuernte ist beendet. Mit dem Mähen des Roggens ist auf leichtem Boden bereits begonnen worden. — Schon seit längerer Zeit ist die von Gruppe nach Gruppe Schießplatz führende Kunststraße recht schlecht. Die geschlagenen Schottersteine liegen bereits seit preußischer Herrschaft an der Straße, aber mit den Ausbesserungsarbeiten ist noch immer nicht begonnen.

h. **Górzno,** 22. Juli. In diesem Sommer wird unser Städtchen von vielen Warschauer Familien besucht, die das hauptstädtische Treiben für einige Wochen verlassen, um sich hier während ihres Sommeraufenthalts in gesunder, freier Natur und bei ländlicher Kost an Leib und Seele erholen und stärken zu können. Die Lebensweise stellt sich hier im Vergleich zu anderen Städten billiger, weil die Lebensmittelprodukte direkt vom Erzeuger ohne Schwierigkeiten zu erlangen sind. Aus dem Grunde können auch Personen mit geringeren Einnahmen hier ihren Sommeraufenthalt verleben. Bereits vor dem Weltkriege war hier ein Sanatorium für Erholungsbedürftige geplant; jedoch mußte dieser Plan infolge des Kriegsausbruches aufgegeben werden. Ein besonderer Verein, der sich damals bildete, sorgte für die Verschönerung der Stadt. Er nahm die städtischen Anlagen in seine Obhut. Dort wurden fehlende Bäumchen durch Nachpflanzung ergänzt, durch Aufführung einer Mauer ein kleiner Teich angestaut, Fische dort hineingesetzt, neue Wege mit Geländern versehen, angelegt, sowie Bänke und Tische aufgestellt. Auch an manchen Wegen außerhalb der Stadt wurden Bänke errichtet. Im Laufe der Kriegs- und Nachkriegsjahre sind alle diese Vorrichtungen beschädigt worden und teils abhanden gekommen. Für den Naturfreund bietet unsere Gegend manches reizvolle. Nadel- und Laubwald, Täler und Höhen, Wasser, Wiesen, Äcker wechseln in bunter Folge. Außer den Anlagen und den Waldpfaden sind der Schloßberg, der Szumni zdrój („schäumender oder rauschender Quell" das ist der Ursprung der Górznoer Gewässer) und Wapionka gern aufgesuchte Punkte.

* * *

Aus Kongreßpolen und Galizien.

* **Warschau,** 20. Juli. Kriegsminister Sikorski bestohlen! Am Mittwoch wurde in der Wohnung des Kriegsministers Sikorski, die sich in einem kleinen Palais an der Ujazdower Allee befindet, ein Diebstahl verübt. Die Diebe überstiegen, wie die polizeiliche Untersuchung feststellte, den Zaun von der Straßenfront, kletterten an der Wasserrinne empor und gelangten durch einen Luftzug im Fenster in den Salon. Alle Geheimfächer und Schubladen, enthaltend Dokumente und Briefe wurden erbrochen und ausgeraubt. Auch fehlt eine Menge plattierter Gegenstände. Die Diebe waren mit der Beschaffenheit der Wohnung sehr gut vertraut. Zur Zeit des Diebstahls war nur die Wirtschafterin und der Diener des Generals im Hause. Die Untersuchung führen der Chef der Detektivpolizei Kurnatowski und Oberkommissar Rutkowski.

* **Kielce,** 20. Juli. Zwei Einbrecher zu Tode geprügelt. Zwei Einbrecher, die in die Wohnung eines gewissen Jan Pietrus in Rudza Strawczynska in der Umgebung von Kielce eindringen wollten, erhielten eine furchtbare Strafe. Die beiden waren durch ein offenes Fenster eingestiegen und trugen bereits in einem Zimmer eine ganze Reihe von Gegenständen, die ihnen des Mitnehmens wert schienen, zusammen, als die Hausbewohner erwachten und die beiden Diebe bemerkten. Sofort wurde Alarm geschlagen, und die Nachbarn eilten herbei und stürzten sich mit vereinten Kräften auf die Einbrecher, die mit Ketten, Knüppeln, Steinen und allen möglichen anderen Waffen so schwer verprügelt wurden, daß alle beide starben. Es handelt sich um zwei berufsmäßige Verbrecher namens Ludwig und Stanislaus Gruszka.

Der Menschenschlächter Haarmann.

Zu den Untaten des Massenmörders Haarmann wird der „Deutschen Allg. Zeitg." aus Hannover, 17. 7., noch gemeldet:

Allmählich beginnt sich das von den wildesten Gerüchten durchsponnene unheimliche Halbdunkel um den Menschenschlächter Haarmann etwas zu lichten. Manches, was einzelne Blätter aufzutischen wußten, hat sich als haltlos erwiesen. Dafür klappt der amtliche Informationsdienst besser als nach den ersten Enthüllungen, als die Polizei auf eine zweckentsprechende Fühlungnahme mit der Presse verzichten zu können glaubte, bis sie — wie gewöhnlich in solchen Fällen — etwas spät merkte, daß sie selbst den Schaden und die Sache keinen Nutzen davon hatte. Mancherlei Positives kann sie freilich auch erst jetzt überhaupt kundgeben, nachdem die Ermittelungen weiter fortgeschritten sind, die nur langsam vom Fleck kommen. Denn Haarmann, dem Unzurechnungsfähigkeit, wenn überhaupt, so nur am Anfang seiner langen „Laufbahn" attestiert worden sein dürfte, und dessen krankhaftes Benehmen bei seinen Verhören vielleicht — nur gespielt ist, — verteidigt sich zähe. Er ist nicht niedergebrochen und zielt weder auf Selbstvernichtung noch auf Irrenhaus — wo er sich wohl vor dem Volkszorn kaum sicher fühlen würde. Seine neue Taktik ist die, seinen mitgefangenen Freund und Schlepper, den 22jährigen Grans, stark zu belasten, dessen Mitwisserschaft an den Morden, und zwar aus gewinnsüchtigen Beweggründen, bereits außer Zweifel scheint.

Aufgeklärt ist vor allem, wie man Haarmann fing oder — richtiger gesagt — wie er sich selber fing. Eines jungen Menschen, den er mißbraucht hatte, wollte er, wohl weil der Sadist an ihm kein geradezu mörderisches Gefallen fand, sich entledigen und denunzierte ihn als Herumtreiber dem nächsten Schutzpolizeibeamten. Der aber nahm auch Haarmann trotz seines Protestes mit zur Wache, und hier erzählte der Junge dem Kommissar, wie H. sich an ihm vergangen hatte. Gerade damals waren die Menschenschädel in der Leine gefunden worden, und man hatte, als sie sich häuften, auch auf homosexuelle Kreise ein Arg. Die Überführung des Massenmörders setzte dadurch ein, daß ein Werkmeisterehepaar von den Exzelsior-Werken, deren Sohn, ein 16jähriger Lehrling, zu Haarmanns Opfern gehört, in einem der Schädel den Überrest ihres Kindes und Kleidungsstücke eines zufällig getroffenen Mitbewohnerssohnes von H. als sein Eigentum erkannte; daß H. sie dem Ahnungslosen verkauft hatte, ließ sich nun leicht nachweisen.

Auch der Kreis der Opfer H.'s gewinnt festere Umrisse. Eingestanden hat er selbst ein rundes Dutzend Morde — bisher. Die in der Leine gefundenen Knochen rühren von der doppelten Menschenzahl her, und auch die andern zwölf werden wohl mit auf sein Schuldkonto kommen. Von den zwölf eingestandenen Morden entfallen acht auf Einheimische, vier auf Zugereiste. Unter ihnen sind ein Berliner Gastwirtssohn und ein Rheinländer.

Inzwischen hat die Nachprüfung des Verhaltens der Kriminalpolizei durch Berliner Fachleute begonnen. Wir glauben nicht, daß sie einen „Sumpf" — den die Kommunisten so geschwind aufgespürt haben wollen — entdecken und daß den hiesigen Beamten bewußte Pflichtwidrigkeiten nachzuweisen sein werden. Einzelnen Beamten scheint es an Takt und Anstand gegenüber dem Spitzel H. und auch wohl an Menschenkenntnis gefehlt zu haben, wenn sie diesen Massenmörder worauf alles deutet — als einen Brüchigen aus Dummheit genommen haben. Außerdem liegen offenbar Organisationsfehler vor, die der Abhilfe bedürfen. Manches hängt freilich auch an der dürftigen Zeit. Die unterbezahlten Beamten bekommen, wenn sie einen Fang machen wollen, den sie für wichtig halten, nur schwer die Unkosten garantiert. Auch daß der Staatsanwalt in H.s Verfolgung wegen der Mißhandlung seiner Hauswirtin „kein öffentliches Interesse" gesehen hat, rührt wohl aus der gleichen Wurzel. Endlich ist leider nur zu oft die Aufmerksamkeit der öffentlichen Gewalt durch Unruhen und Landfriedensbrüche Aufgewiegelter von der Bekämpfung des öffentlichen Verbrechertums abgelenkt worden. Darum haben eigentlich die Kommunisten am wenigsten ein Vorrecht öffentlicher Ankläger; sie haben auch hier wieder gezeigt, daß ihr „Reformeifer" nur die Kulisse für ihren politischen Seelenfang bildet.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Offerten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlichst auf dasselbe beziehen zu wollen.

Deutschtum in Konstantinopel.

(Von unserem Konstantinopeler Mitarbeiter.)

Reperation des verlorenen Ansehens. — Alte Fehler. — Achtung vor deutschem Wissen ist geblieben. — Nach der Räumung Stambuls. — Die schwere Wirtschaftskrise. — Die Türkei ist kein Dorado für Glücksritter.

Konstantinopel, Mitte Juli.

Deutschtum in Konstantinopel. Während vieler Jahre vor und während des Krieges eine Macht. Heute ein Begriff und nicht immer ein erfreulicher. Woran das liegt, werden wir noch sehen. Auch im Orient muß Deutschland eine wohlverstandene Reparationspolitik befolgen, muß nämlich Wiederherstellung des verlorenen Ansehens erreichen.

Der Türke, der die Masse ausmacht, schätzte die deutsche Freundschaft, ehe im Weltkrieg die deutschen Expeditionskorps ins Land kamen. Da waren weltfremde Kommisköpfe und — man dachte das besonders gut gemacht zu haben — alte Kolonialdeutsche. Letztere glaubten, die Türken seien Hereros, und ließen es merken. Was die Kanten gegenseitiger Beziehungen recht scharf werden ließ. An allen Ecken und Enden gab's Reibungen. Ein sehr gebildeter Türke, der in Deutschland studierte und es heute noch liebt, meinte vor einigen Tagen sehr aufrichtig: „Es war ein großes Glück für uns, daß wir den Krieg verloren, wir wären eine deutsche Kolonie geworden!" Wohl werden heute Franzosen und Engländer, weil gefährlicher, auch nicht geliebt, aber man darf nicht vergessen, daß wir Deutschen ebenfalls an der Reihe waren, und zwar gerade zu einer Zeit, als wir als Verbündete Hilfe gegen die Erbfeinde liehen.

Er war einer der gebildetsten und reizendsten Menschen, die ich jemals kannte, der Generaloberarzt, mit dem ich im Frühling 1918 am Bahnhof in Kania auf- und abschritt, den Anschlußzug nach dem Taunus erwartend. Da kam der Unteroffizier vom deutschen Bahnhofskommando und bat meinen gelehrten Begleiter um das Einverständnis, sein Dienstabteil mit einem türkischen General bis Bosanti zu teilen, da nicht genügend Platz vorhanden war. Gemütlich rief der alte Herr, daß der Bahnhof dröhnte: „Aber bitte, — vorausgesetzt, daß er keine Läuse hat und sich die Füße gewaschen hat!"

Unverständnis, Mangel an Anpassungsfähigkeit, selbst einfache Taktlosigkeiten konnten zwar die aufrichtige Sympathie der Türken für Deutschland ersticken, vermögen aber nicht eines auszulöschen: die Achtung vor deutschem Wissen und deutscher Zuverlässigkeit. Dies ist die Basis, von welcher die moralische Eroberung des Ostens durchgeführt werden muß, und diese Basis ist — wenigstens so weit es die Türken betrifft —, heute ebenfalls in Gefahr, verloren zu gehen.

Als die Besatzungstruppen Stambul zu räumen begannen und der Weg an den Bosporus den deutschen Reisenden aufs neue offen stand, kamen als die ersten Vertreter des Deutschtums Handwerksburschen, Arbeiter, die in Deutschland keine Stellung fanden, und hier Klondyke vermuteten, vor allem aber Glücksritter aller Rangstufen, vom walzenden Deserteur der Fremdenlegion bis zum großzügigen Luftgeschäftemacher. Es waren auch Fachleute, sogenannte Spezialisten darunter. So lernte ich einmal einen Pomologen kennen, dem von den Obstbäumen nur die Früchte näher bekannt waren, und einen Maschineningenieur, der in einer größeren Schlosserei als Gehilfe kaum hätte mit Ehren bestehen können. Gerade solche Leute erhaschten Stellungen. Die mit ihnen gemachten bösen Erfahrungen wurden schnell verbreitet und natürlich noch ein bißchen übertrieben, wie's eben im Orient mal so ist. Das hat die Aussichten anderer Stellungsuchender wesentlich vermindert, wobei von besonders guten Aussichten kaum die Rede sein kann. Wer hier Stellung finden will, muß gute Spezialkenntnisse und Glück haben, türkisch sprechen und schließlich für alle Fälle materiell längere Zeit durchhalten können. Das Land ist in schwerer wirtschaftlicher Krise, und Stellungen sind an sich schwer, sehr schwer zu finden. Für das Heer der Landstreicher, der jugendlichen Globetrotter, der schweren Jungens und der braven Arbeiter, der hungrigen Geschäftshyänen und der träumenden Schwärmer, welchen Geld oder Wissen oder Beziehungen — fast immer alle drei — fehlen, für dieses Heer, welches die Straßen Stambuls unsicher macht, und sich immer weiter durch Zuzug verstärkt, wenn auch ganze Abteilungen vor die Hunde gehen, für dieses Heer aber ist bestimmt kein Platz hier. Schon deshalb nicht, weil die anderen die Nase rümpfen und sagen: So sieht jetzt Deutschland aus!

Die Polen in Deutschland.

Die „Agencja Wachodnia" (Ostagentur) meldet aus Berlin:

In der in Berlin stattgefundenen Hauptversammlung des Verbandes der Polen in Deutschland stellten die Delegierten, die aus dem ganzen Reiche zusammengetreten waren, fest, daß die nationale Bewegung unter den Polen in Deutschland immer mehr um sich greift. In Oberschlesien werden die Übertritte der polnischen Arbeiter aus den Reihen der deutschen sozialistischen Verbände zu den polnischen Berufsverbänden immer häufiger. In Nord- und Mitteldeutschland, besonders in Westfalen, erwacht immer mehr der polnische Gedannke trotz verschiedenartiger Schwierigkeiten. Am schwierigsten ist die Lage in Ostpreußen, wo der Mangel an Leuten und Geld ein großes Hindernis im Nationalitätenkampfe bilde. Mit dieser Versammlung hat, so heißt es in dem Bericht, der Verband der Polen in Deutschland eine große ideelle Einheit zwischen allen Bezirken im Kampf um den nationalen Geist der polnischen Bevölkerung in Deutschland festgestellt.

Eine jüdische Siedlung in Rußland.

Auf 100 000 Desjatinen staatlichen Bodens.

In dem Wunsche, den arbeitenden Schichten der jüdischen Bevölkerung zu helfen, beabsichtigt die Sowjetregierung, diese Bevölkerung auf freiem Boden in der Ukraine anzusiedeln, und zwar in der Nachbarschaft der schon existierenden Kolonien, nördlich von der Krim. 100 000 Desjatinen staatlichen Bodens sind für diese Ansiedelung vorgesehen. 50 000 Desjatinen in der Ukraine und weitere 50 000 Desjatinen in der Krim. Für den Fall, daß sich diese Siedlungen gut entwickeln, soll noch mehr Land für diese Zwecke bereitgestellt werden. Nach den landwirtschaftlichen Erfahrungen können mindestens 50 000 Seelen auf den ersten 100 000 Desjatinen angesiedelt werden. Das Land wird den jüdischen Siedlern nicht auf der Grundlage einer Konzession gegeben, sondern zu ihrem freien Gebrauch auf eine unbegrenzte Zeit hinaus. Der Boden in der Nordkrim kann in den verschiedenen Teilen als Weideland, als Gemüseland, ferner zu Blumenzucht, Tabakpflanzung usw. benutzt werden. Die Krim ist wegen ihrer Obst-, Gemüse- und Weingärten berühmt.

Der Plan ist, wie die „Prager Presse" schreibt, bereits von der Zentralregierung sowie den Autoritäten in den verschiedenen Republiken Rußlands gebilligt worden. Eine diesbezügliche Bekanntmachung wird in kurzer Zeit erfolgen.

Das einzige Hindernis besteht noch darin, daß die Mittel zum Ankauf landwirtschaftlicher Instrumente, Maschinen, Baumaterialien für Häuser usw., fehlen. Die Sowjetregierung ist bereit, besondere Reiseerleichterungen zu gewähren und den Ansiedlern eine weitestgehende Milderung in den Steuerabgaben angedeihen zu lassen. Die Regierung will ihrerseits die Kosten für die Vermessung und die Verteilung des Landes, sowie für Erbauung artesischer Brunnen tragen. Sie ist jedoch nicht in der Lage, sofort bewohnbare Siedlungen zu schaffen, damit die Scharen der anzusiedelnden Juden unter Dach gebracht werden und sich sogleich auf ihrem Boden sollen erhalten können. Die Gesellschaft „Ort" und eine Anzahl ausländischer Hilfsorganisationen haben es übernommen, die notwendigen Mittel zur Realisierung des Planes zu liefern.

Die Union der sozialistischen Sowjetrepubliken, soll, wenn die Juden erst auf ihrem besonderen Gebiet angesiedelt sein und den Wunsch nach einer Autonomie äußern werden, gerne bereit sein, ihnen das Recht der Autonomie einzuräumen.

Die Unruhen in Brasilien.

Zu den kürzlich verbreiteten Meldungen über Unruhen in dem brasilianischen Staate Sao Paulo wird der „Weser-Ztg." von befreundeter Seite geschrieben:

„Die seit einiger Zeit durch Vermittelung verschiedener Telegraphenagenturen über Buenos Aires, Neuyork und Paris nach hier gelangenden Nachrichten über eine Militärrevolte in Brasilien sind mit Vorsicht aufzunehmen.

Augenscheinlich handelt es sich um eine lokale Bewegung in dem Staate Sao Paulo, wo die dortige Polizeitruppe sehr unzufrieden mit ihren französischen Lehrmeistern und Befehlshabern sein soll, und zwar bis zu dem Maße, daß sie sich einer Verlängerung des abgelaufenen Vertrages mit den Waffen in der Hand widersetzte. Diese Meldung könnte auf Wahrheit beruhen, denn es macht sich in Brasilien seit Jahren eine starke nationale Strömung bemerkbar, die die Anwesenheit fremdländischer Offiziere als Lehrer und Befehlshaber als eine nationale Schmach empfindet. Diese Auffassung ist auch innerhalb des Heeres und der Marine weit verbreitet und hat schon vor mehr als vier Jahren zu Unstimmigkeiten geführt. Der mögliche Ausgang konnte der sein, daß die aufständische Bewegung unterdrückt wird, dann aber dem unzufriedenen Militär in bezug auf die Instrukteure Konzessionen gemacht werden.

Wie verworren alle über diese lokalen Ereignisse hinausgehenden Meldungen sind, geht unter vielem anderen schon daraus hervor, daß ein Übergreifen der Revolte auf die „Provinz Verakruz" gemeldet wird. Erstens gibt es keine brasilianischen „Provinzen", sondern „Bundesstaaten", zweitens gibt es keinen brasilianischen Staat, auch keine Stadt oder Dorf mit dem Namen „Verakruz"! Vielmehr ist das der Name, den die Entdecker Brasiliens im Jahre 1500 dem Lande gegeben haben, auf deutsch „Wahres Kreuz", nach dem Sternbild des südlichen Kreuzes. Schon bald nach der Entdeckung ist dieser Name von der Bezeichnung „Brasilien" für immer verdrängt worden.

Die Meldungen, die andauernd die Staatsregierung von Sao Paulo und die brasilianische Bundesregierung in Rio de Janeiro miteinander verwechseln, haben die gleiche Wahrscheinlichkeit für sich, wie die von dem Übergreifen der Revolte auf die „Provinz Verakruz".

Seit 1893 hat Brasilien keine allgemeine Revolution mehr erlebt und sich friedlich entwickelt. Dagegen haben lokale Erhebungen, wie z. B. in Bahia, in Rio Grande do Sul und auch in der Bundeshauptstadt wiederholt stattgefunden, sind jedoch sämtlich ohne erkennbare Folgen geblieben. Irgendwelcher Zusammenhang dieser früheren Erhebungen mit der gegenwärtig gemeldeten ist wohl kaum vorhanden. Die Wahlagitation anläßlich der Wahl des gegenwärtigen Bundespräsidenten war überaus leidenschaftlich und die damalige Erregung zittert wohl noch nach. Mittlerweile ist jedoch der Gegenkandidat des jetzigen Präsidenten, der Senator Nilo Peçanha gestorben und damit die Gefahr einer gewaltsamen Erhebung wesentlich verringert worden.

Alarmnachrichten bringen immer irgend jemand Vorteil, den in der Regel die Verbreiter für sich erhoffen. Man wird daher gut tun, ehe man sich ein Urteil bildet, noch einige Tage zu warten bis zum Eintreffen direkter zuverlässiger Nachrichten aus Brasilien, die man naturgemäß erst nach den Alarmnachrichten erwarten kann.

Das brasilianische Konsulat in Bremen teilt mit, daß nach den dort eingetroffenen Telegrammen die aufständische Bewegung nicht Teile des Bundesheeres, sondern die etwa der deutschen Schutzpolizei vergleichbaren Truppen des Staates Sao Paulo ergriffen hat, — was sich mit der Darstellung in der oben wiedergegebenen Zuschrift deckt, — daß diese Bewegung keinen politischen Charakter trage und daß die Staatsregierung mit Unterstützung der Bundesregierung auf dem Wege ist, ihrer Herr zu werden.

*

Nach einer Havasmeldung aus Buenos Aires ist in Brasilien eine neue Aufstandsbewegung im Staate Serjipo entstanden. Der Gouverneur des Staates mußte die Flucht ergreifen.

Das Eingehen der deutschen Festungen.

Ein dem Reichstag zugegangener Gesetzentwurf betreffend das Eingehen deutscher Festungen sieht mit dem Inkrafttreten des Gesetzes das Eingehen der Festungen Wesel, Köln, Koblenz, Mainz, Germersheim, der rechtsrheinischen Befestigungen von Straßburg, der Oberrheinbefestigungen, sowie der Festungen Friedrichsort-Kiel und Helgoland vor. Obwohl der Friedensvertrag durch seine Veröffentlichung im Reichsgesetzblatt auch inneres deutsches Recht geworden ist, ist es nach der Begründung des Gesetzentwurfes mit Rücksicht auf die Forderungen der Alliierten, die für Schleifung der Festungsanlagen erforderlichen Gesetzentwürfe und Verordnungen zu erlassen, aus politischen Gründen erwünscht, durch besonderes Gesetz festzustellen, welche Festungen aufhören sollen, als solche zu bestehen. Für den Erlaß eines solchen Gesetzes spricht auch der Umstand, daß durch die Änderung des Charakters der betreffenden Plätze andere gesetzliche Bestimmungen, namentlich soweit Beschränkungen des Grundeigentums bei der Umwandlung von Festungen in Frage kommen, berührt werden und eine Änderung erfahren müssen. Während der § 2 des Gesetzentwurfes einerseits bestimmt, daß der Zeitpunkt des Wegfalles der Rayonbeschränkung um die bereits geschleiften Werke jeweils von der Reichsregierung bekanntgegeben wird, bestimmt er andererseits, daß das Fortfallen der Rayonbeschränkungen der vorläufig noch ganz oder teilweise bestehen bleibenden Werke durch besondere Verordnung der Reichsregierung nach Anhörung der Festungsgemeinden bekanntgemacht wird. Die Frist für die Schleifung der befestigten Werke im besetzten Gebiet kann nämlich von der alliierten obersten Heeresleitung festgesetzt werden. Dies ist für die nach Osten gerichteten Teile der Rheinfestungen bisher zum Teil nicht geschehen; diese bleiben vielmehr zum Teil vorläufig noch bestehen.

Seeräuber in der Ostsee.

Aus Kiel, 15. Juli, wird dem „Berl. Tagebl." geschrieben:

Das Motorfischfahrzeug der Brüder Arp aus Stein, das in den Gewässern an der Nordküste Fehmarns gefischt hatte, wurde in einer der letzten Nächte von Seeräubern überfallen, die sich mit einem Segelboot von Staberkuk aus dem Fahrzeug genähert hatten. Zwei Burschen im Alter von etwa 20 Jahren enterten das Fahrzeug und überfielen die Brüder Arp, die in der Kajüte schliefen. Der aufspringende jüngere Arp erhielt von den Piraten einen Schuß durch die Wange und fiel besinnungslos zu Boden, der ältere Arp erhielt Schüsse in Arm und Schulter. Trotzdem warf sich der über große Körperkräfte verfügende Arp auf den ersten Angreifer und warf ihn nach kurzem Ringkampf über Bord. Darauf stürzte sich der am Steuer sitzende zweite Räuber mit der hochgehobenen Ruderpinne auf den älteren Arp. Er wurde jedoch von diesem überwältigt, ehe er den Schlag ausführen konnte. Darauf wurde der 20jährige Räuber gefesselt und in die Kajüte gesperrt. Das Fahrzeug lief darauf Burgstaaken an, wo der jugendliche Pirat der Polizei übergeben wurde und die beiden Brüder ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Der ältere Seeräuber war zunächst verschwunden. Er hatte mit dem von den Piraten benutzten Segelboot das Weite gesucht. Es gelang, ihn an der mecklenburgischen Küste festzunehmen und ihn der Polizei in Burgstaaken zu übergeben. Er hatte eine Schußverletzung am Kopfe, die er sich wahrscheinlich selbst beigebracht hat. Es handelt sich um zwei Abenteurer aus Lübeck, angeblich Mohr und Moll. Sie hatten die Absicht, Fischfahrzeuge in der Ostsee zu überfallen und ein Seeräuberdasein nach dem Muster von Störtebecker zu führen.

Kleine Rundschau.

* **Treibholzüberschwemmung in Schweden.** Eine schwere Überschwemmungskatastrophe sucht zurzeit weite Teile von Mittel- und Nordschweden heim. Die verspätete Schneeschmelze dieses Jahres hat in jenen Gebirgsgegenden ein Hochwasser erzeugt, wie es sonst selten ist. Das Unglück ist durch die landesübliche Art des Holzflößens noch bedeutend vergrößert worden. Die gefällten Bäume werden behauen, um dann mit natürlichen Mitteln zu Tal befördert zu werden. Sie gleiten die beschneiten Abhänge herunter ins Wasser, auf dessen Eisdecke sie liegen bleiben, bis sie im Sommer von den Fluten in die Tiefe getragen werden. Diesmal hat nun das plötzlich einsetzende Hochwasser so ungeheure Massen Treibholz zu Tal befördert, daß sich an mehreren Stellen die Abflüsse verstopft haben und daß eine Anzahl Brücken unter dem gewaltigen Druck der dagegen geschleuderten Holzmassen zusammenzubrechen drohen. Die Regierung hat, um der Katastrophe Herr zu werden, Tausende von Soldaten abkommandiert, die an den besonders gefährdeten Stellen versuchen, das Holz zu entfernen. Der Schaden, den die Landwirtschaft durch die Überschwemmungen erleidet, ist ungeheuer groß.

* **Ein Ochse im Flugzeug.** Dieser Tage wurde von Rotterdam nach Paris ein ausgewachsener Ochse per Flugzeug transportiert. Dem Tiere hatte man ein Band mit einer Medaille umgehängt, zum Zeichen, daß es das erste im Aroplan mitgeführte Rindvieh ist.

die Regierung ihre außenpolitische Linie weiter verfolgen soll. Insbesondere hat Dr. Stresemann keinen Zweifel darüber gelassen, daß er an der auswärtigen Politik des Reichskabinetts festhalte, unbeschadet natürlich der selbstverständlichen Versuche, alle Möglichkeiten für die deutschen Interessen auszuschöpfen.

Aus anderen Ländern.

Demission des Kabinetts Pasic.

Belgrader Blätter melden, daß **Pasic** am Donnerstag die Demission seines Kabinetts überreicht habe.

Am Freitag wurde Jovanovic vom König in zweistündiger Audienz empfangen, wobei ihm die Bildung eines Arbeitskabinetts angeboten wurde. Wie von unterrichteter Stelle mitgeteilt wird, hat Jovanovic die Betrauung formell nicht angenommen, jedoch die Mission übernommen, als Homo regius mit den Parteiführern der oppositionellen Parteien zu verhandeln. Nach der Audienz begab sich Jovanovic in die Skupschtina, wo er mit Korosec, Spaho und Davidovic verhandelte. In den letzten 24 Stunden haben sich die Aussichten der Koalition entschieden gebessert. In politischen Kreisen wird behauptet, daß der König nur im äußersten Falle den Auftrag zur Auflösung des Parlaments geben werde. Die Regierung ist der Meinung, daß in der gegenwärtigen Lage ein Wahlkampf zu Zusammenstößen und unberechenbaren Zwischenfällen führen würde, denen im Interesse der Konsolidierung und der Ruhe des Staates vorgebeugt werden soll.

Die abessinische Kaiserkrone.

London, 19. Juli. Wie Reuter erfährt, teilte der König dem abessinischen Thronfolger Ras Tafari mit, er beabsichtige, der Kaiserin Zeoditu die Krone des Kaisers Theodor zu überreichen, die ihm im Jahre 1868 genommen und vom Herzog von Argyll im Jahre 1869 dem Viktoria- und Albert-Museum einverleibt wurde.

Der Mord in Teheran.

Die Ermordung des amerikanischen Konsuls Imbri in Teheran hat die größte Bestürzung in der dortigen Fremdenkolonie hervorgerufen. Außer Imbri wurde ein anderer amerikanischer Bürger derart von der Menge zugerichtet, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. — Die Vereinigten Staaten werden wegen der Ermordung des amerikanischen Konsuls in Teheran von Persien eine Entschädigung und Entschuldigung verlangen.

Das größte amerikanische U-Boot.

Neuyork, 18. Juli. Das größte Unterseeboot der amerikanischen Kriegsmarine ist heute auf der staatlichen Werft vom Stapel gelaufen. Es ist 341½ Fuß lang. Seine größte Breite beträgt 27½ Fuß. Der Aktionsradius und die Schnelligkeit des Bootes sind dieselben wie die der Schiffe der Schlachtflotte. Es heißt, daß das neue U-Boot in der Lage ist, über den Atlantischen Ozean hin- und zurückzufahren, ohne Brennmaterial nachfüllen zu müssen. Ebenso kann es alle notwendigen Nahrungs- und Betriebsmittel für eine solche Fahrt mit sich führen. Acht ähnliche U-Boote befinden sich zurzeit im Bau.

Die Juden als Nation in der Tschechoslowakei.

Aus Prag wird gemeldet: Der Außenminister Dr. Benesch äußerte sich dem Vertreter eines jüdisch-amerikanischen Blattes gegenüber über die jüdische Frage in der Tschechoslowakei. Er führte u. a. aus: Ich betrachte die Bestimmungen über die Minderheiten im Friedensvertrage ebenso als einen Schutz der Minderheiten vor der Übermacht der Mehrheiten, als einen Schutz der Mehrheit vor übertriebenen Ansprüchen der Minderheit. Die Juden betrachten wir als eine Nation, die alle Rechte bei uns genießt, die ihr der Minderheitenvertrag zuerkennt. Selbstverständlich werden wir nichts dagegen unternehmen, wenn ein Teil der Juden zu einer nichtjüdischen Nation neigen sollte, aber die jüdische Bevölkerung als solche wird in unserem Staate als eine eigene Minderheitennation bet-

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unsern Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit zugesichert.

Bromberg, 22. Juli.

§ **Der amerikanische Film-Wunderknabe** Jackie Coogan machte am vorigen Sonntag seine erste Aufwartung in Bromberg, wo er auf Einladung der Kulturfilm-Abteilung der Deutschen Bühne im Elysiumtheater ein Gastspiel absolvierte. Sein Auftreten in den mannigfach wechselnden Szenen konnte für den kleinen Kerl in der Tat Sympathie erwecken; und es gehörte wirklich zum Erstaunlichsten, was alles dieser Knabe an lebendigem und manchmal drastischem Spiel, und an ausdrucksvoller Mimik zustande bringt, ohne daß man kaum jemals den Eindruck hätte, das sei alles mühsam eingetrichterter Drill. Vielmehr spielte sich fast alles so einfach-natürlich, und kindlich-zwanglos ab, daß die Zuschauer an dieser eigenartigen Folge von Laufbildern ihre helle Freude hatten. Der Film selbst (Mein Junge), ein Handlungsablauf und in szenischer Aufmachung eine vorzügliche Arbeit an Klarheit und Übersichtlichkeit, schildert die vielerlei Irrwege, die der kleine heimatlose und doch vielgesuchte Findling durchläuft, bis er im vornehmen Heim seiner reichen Großmutter landet. Ernst, Humor und drastische Komik, nicht zu vergessen eine angemessene Dosis Sentimentalität, sind in bunter Folge die wirksamen Momente des Films, der im ganzen knallige Effekte und grobe Unwahrscheinlichkeiten glücklich umgeht. So gab es für das gut besetzte Haus anderthalb Stündchen anregender Unterhaltung durch ein Filmspiel, in dem ein 6jähriger Junge die führende Hauptrolle hatte und sie mit einer Gewandtheit und Natürlichkeit durchführte, die in der Tat zu dem Erstaunlichsten auf diesem Gebiet gehört, das doch auch sonst mit mancherlei Sensationen aufwartet.

§ **Wäschediebstahl.** In der Friedrichstraße 29 (Dluga) wurde Wäsche im Werte von 20 Zloty gestohlen.

§ **Beschlagnahmt** wurden Blumenstraße 7a (Kwiatowa) 42 Pfund Zigarettentabak, welcher von Danzig hereingeschmuggelt worden war.

§ **Durch Einbruchsdiebstahl** wurde in der Bismarckstraße Nr. 1 (Slowackiego) aus einem Bäckerladen ein Tischtuch und Backware im Werte von 120 Zloty entwendet.

§ **Festgenommen** wurden gestern drei Sittendirnen und ein geisteskrankes Mädchen.

*

Vereine, Veranstaltungen 2c.

Verband deutscher Handwerker in Polen, Ortsgruppe Bromberg. Am Mittwoch, den 23. Juli, nachmittags 4 Uhr, Beginn des „Sommerfest des deutschen Handwerks". Gartenkonzert, Preisschießen für Herren, Preiskegeln für Damen, Blumenverlosung. Abends festliche Beleuchtung des Gartens, sodann Tanz im Saal. (18977

Deutsche Bühne Bydgoszcz, T. z. „Sing-Sang, Wort und Klang" überschreibt Carl Kliewer seinen für Freitag angekündigten Lautenliederabend, der, wenngleich er auch eine Anzahl ernster Vorträge enthält, doch dem Humor breiten Raum lassen wird. „Geist, Gemüt und Phantasie, keines das andere ausschließend, aber auch keines das andere überbietend, vereinigt der Vortragende zur Schöpfung derjenigen schönen Harmonie, welche zur Vollendung eines Kunstwerkes wesentlich notwendig ist." So betont eines der vielen lobenden Presseurteile über Kliewers Vortragstätigkeit. Als Zugabe wird Carl Brückel, der erste Charakterspieler, den wir kürzlich als „Jeckenack" und „Bettler" kennen und schätzen lernten, einiges Wirkungsvolle aus seinem Repertoire darbieten (an Stelle des Frl. Friedrich, das infolge Spielplanänderung am Herkommen verhindert ist). (19060

Stadttheater. Morgen, Mittwoch, den 23. Juli, abends $8^1/_4$ Uhr, einmaliger Opern- und Liederabend des weltbekannten, hervorragenden russischen Opernsängers Nicolaus Jachno, ersten Baß-Bariton der „Großen Oper" in Moskau und Petersburg. Der Künstler, welcher über großartige Stimmittel verfügt, bringt ein erstklassiges Programm zu Gehör, welches in polnischer, italienischer und russischer Sprache ausgeführt wird — Opernarien und Lieder von Gounod, Bizet, Verdi, Korniloff, Tschajkowsky, Borodin, Mussorgski, Rubinstein, Wagner. Trotz gewaltiger Kosten niedrige Eintrittspreise, von 0,50 bis 3,50. Die Nachfrage nach Einlaßkarten ist sehr groß. — Kassenöffnung von 10—1 und 6—$8^1/_2$ Uhr. — Telephon 1138. (19055

Handwerker-Frauenvereinigung. Wagenfahrt nach Jesuitersee Montag, den 28. Anmeldungen dazu bis Freitag, den 25., bei Frl. Brähmer, Elisabethstraße 49. (19058

* * *

R. **Filehne** (Wielen), 21. Juli. Zu dem aus Miala gemeldeten Leichenfund ist mitzuteilen, daß der Ermordete der Knecht Michael Ciesielczyk ist, welcher von seinem Dienstherrn beauftragt war, auf Fischdiebe aufzupassen. Es ist dem Wachtmeister Kownatzki in Schneidemühlchen (Pilka) gelungen, die Täter zu ermitteln und den einen, den 22 Jahre alten Jan Mendik aus Miala zu verhaften, während der zweite, welcher den Schuß auf C. mit einem Karabiner abgegeben haben soll, entkommen ist. Es war ein gewisser Alojzy Kujan aus Penzkowo.

r. **Zirke** (Sierakow), 21. Juli. Hier und in der Umgegend ist schon mit der Roggenernte begonnen worden. Auch werden Frühkartoffeln schon recht viel ausgegraben und zum Markt gebracht, so daß die alten Kartoffeln für billigen Preis nur noch als Futterkartoffel gehandelt werden.

zsc. **Usch** (Ujście), 22. Juli. Der Fleisch- und Trichinenbeschauer Franz Schendel hat sein Amt seit dem 1. Juli nach 34jähriger rastloser Tätigkeit niedergelegt. Noch in den letzten Wochen hat er sein Amt treu und gewissenhaft erfüllt trotz seines hohen Alters von 82 Jahren.

Kleine Rundschau.

* **Plan einer schweizerischen Expedition auf den Mount Everest.** Wie aus Bern gemeldet wird, soll im nächsten Frühjahr eine Expedition zur Bezwingung des Mount Everest aufbrechen, die nur aus Schweizern besteht. Der Vater dieser Idee ist ein bekannter Schweizer Alpinist, der auch Bergsteigererfahrung im Himalajagebiet hat. Mitglieder der Expedition sollen die besten Schweizer Bergführer unter 35 Jahren sein. Anstatt der beschwerlichen Sauerstoffapparate werden die Mitglieder der Expedition mit kleinen Röhren ausgerüstet, die komprimierten Sauerstoff enthalten. Es sollen davon Injektionen in den Oberschenkel gemacht werden, wenn das Atmen zu beschwerlich wird.

* **Furchtbare Brandkatastrophe in der Zips.** Aus Kaschau wird gemeldet: Eine der schönsten Städte der Zips wurde dieser Tage das Opfer einer furchtbaren Brandkatastrophe. In der Stadt Szepes Olaszy brach gleichzeitig an fünf Stellen Feuer aus. Durch den riesigen Wind genährt, wurden die Straßen im Augenblick in Flammen gehüllt, so daß die Menschen der furchtbaren Katastrophe machtlos gegenüberstanden. In dem Hof beinahe jedes Hauses befanden sich eben eingeführte Futter- und Getreidevorräte, an denen das Feuer natürlich Nahrung fand. Bis zu den Mittagsstunden brannten von 470 Häusern 400 vollständig nieder. Alle Wirtschaftsgebäude und alle Futtervorräte dieser Häuser wurden auch ein Raub der Flammen, die bis in die Tatra hinein gesehen wurden. Es ist wahrscheinlich, daß von der blühenden Stadt nur die leeren Mauern übrig bleiben. Erst gegen Abend gelang es, das Feuer zu lokalisieren. Der Schaden wird auf mehrere 100 Millionen tschechische Kronen geschätzt.

* **Eine kleine Affäre.** Berlin, 17. Juli. Trägerinnen hocharistokratischer Namen, Gräfinnen und Baroninnen, gaben sich ein Stelldichein vor der Strafabteilung des Amtsgerichts Schöneberg, um sich wegen Glücksspiel zu verantworten. Im Oktober 1920 wurde in der Wohnung der Gräfin v. Fischler-Treuberg ein Spielklub ausgehoben, der dort Nacht für Nacht seine Sitzungen abhielt; die gerichtliche Verhandlung hatte sich jedoch bis jetzt hinausgezögert. Die Gräfin Treuberg war als Spielklubleiterin angeklagt. Pussi Uhl, wie sie einst hieß, war eine gefeierte, in der Lebewelt sehr bekannte Schönheit gewesen und durch eine Namensheirat Gräfin v. Fischler-Treuberg geworden. In späteren Jahren war sie die Geliebte des bekannten Geldverleihers Heinrich Pariser und als dessen Gehilfin in den großen Wucherprozeß, der vor einer Reihe von Jahren in Moabit verhandelt wurde, mitverwickelt gewesen. Sie hatte eine Strafe von einem Jahr drei Monaten Gefängnis wegen Betrugs, Erpressung und Wuchers erhalten und diese auch verbüßt, während sich Heinrich Pariser der Strafverbüßung durch dauernden Aufenthalt an der Riviera entzogen hatte; dort ist Pariser auch gestorben, ohne seine Geliebte und Helferin im Testament zu bedenken. Die Gräfin war fast mittellos und lebte seitdem vorwiegend vom Spiel. Unter den damals ausgehobenen Teilnehmern der Spielpartie befand sich auch die Gräfin zu Sternau von Hohenau, eine Ungarin von Geburt, die bis zu ihrer Verehelichung mit dem Grafen Hohenau den Namen Rosa Stenzel führte, ferner eine Baronin Julie von Schack, ein Fräulein Löwenstein, eine Frau Gerda Biber und eine Baronin Schendel, der jedoch eine Beteiligung am Spiel nicht nachgewiesen werden konnte, sodaß sie nur als Zeugin geladen war. Die Verhandlung nahm, wie die „Frkf. Ztg." berichtet, ein unerwartetes Ende. Der Verteidiger regte an, von Paragraph 153 Gebrauch zu machen. Die Sache liege vier Jahre zurück und es sei eine klein Spieleraffäre, sodaß es sich rechtfertige, das Strafverfahren wegen Geringfügigkeit einzustellen. Dem Antrage wurde stattgegeben und das Verfahren auf Kosten der Staatskasse eingestellt.

Handels-Rundschau.

Die Elektrifizierung Polens. Die elektrische Energie, die gegenwärtig von sämtlichen Kraftwerken in Polen erzeugt wird, ist für die Bedürfnisse des Landes bei weitem nicht ausreichend. Außerhalb Oberschlesiens bestehen 176 Kraftwerke, die jährlich ca. 200 Millionen Kilowattstunden erzeugen. In Oberschlesien besteht außer den Elektrizitätswerken, die zu den Gruben gehören, ein großes Kraftwerk in Chorzow, das jährlich über 300 Millionen Kilowattstunden produziert. Eine weitere Elektrifizierung Polens erfordert allerdings einen gewaltigen Kapitalsaufwand, der nur mit der Unterstützung des Auslandes aufgebracht werden kann. Das ausländische Kapital, namentlich das englische und französische, bekundet für die Elektrifizierung der polnischen Gebiete großes Interesse. Der Konzern „Sila i Swiatlo" (Kraft und Licht), der bei Warschau eine elektrische Zufuhrbahn baut, hat englische Unterstützung erhalten; die elektrischen Bahnen im Kohlenbezirk sollen mit Hilfe französischen Kapitals ausgebaut werden. Die elektrische Bahn Krakau—Kattowitz, deren Bau von der Gesellschaft „Towarzystwo Przemyslu Wenglowego" (Gesellschaft für Kohle und Industrie) geplant ist, wird ebenfalls durch ausländisches Kapital finanziert werden.

Russischer Säckemarkt. Im Zusammenhang mit der bevorstehenden Ernte ist die Nachfrage für neue Leinensäcke lebhaft, und die Preise befestigt. Man zahlt von 55 Kopeken (Iwanowo-Wosnesensk und Samara) bis 90 Kop. (Wologda) je Stück, nur in Nishni-Nowgorod (um 5 Kop.) und in Witebsk (um 5 Kop.) sind die Preise gesunken. Preiserhöhungen werden in Smolensk um 10 Kop., in Uljanowsk (früher Simbirsk) um 10 Kop., Woronesh um 5 Kop. und Wjatka um 2 Kop. verzeichnet.

Polnische Warenschnellzüge. Um der Konkurrenz Deutschlands im Transitwarenverkehr zwischen Danzig und der Tschechoslowakei entgegenzutreten, hat die polnische Eisenbahnverwaltung Warenschnellzüge eingeführt. Die Warensendungen über Polen sollen sich für die Tschechoslowakei mit diesen Zügen billiger stellen, als über Deutschland.

Schließung der privaten Tabakfabriken. Auf Grund einer Verordnung des polnischen Finanzministers werden die Konzessionen, die an Privatpersonen zur Führung von Tabakfabriken erteilt worden sind, mit Wirkung vom 15. August gekündigt. Die staatliche Tabakmonopoldirektion wird den Ankauf und die Übernahme der Betriebsmittel dieser Fabriken leiten.

Polnischer Zuckerexport. Das Wirtschaftskomitee des Ministerrates hat beschlossen, die Ausfuhr von 150 000 Tonnen Zucker aus der Kampagne 1924/25 zu genehmigen. Gleichzeitig verpflichtete das Wirtschaftskomitee den Verband der Raffinierien, die Zuckerpreise auf dem Inlandsmarkt zu ermäßigen. Die Ermäßigung wird vom 1. Juli ab rückwirkend verbindlich sein und 25 Zloty pro Tonne betragen. Die Rübenfelder sind im Vergleich zum vorigen Jahre um ca. 19 Prozent größer geworden. Aus allen Gegenden wird über den guten Stand der Rüben berichtet, so daß man erwarten darf, daß die Zuckerernte in diesem Jahre um ca. 20 Prozent größer sein wird, als im Vorjahre. Die Genehmigung zum Export von 150 000 Tonnen Zucker wird es der Zuckerindustrie möglich machen, in England eine Anleihe in Höhe von 1,5 Mill. Pfund Sterling aufzunehmen, und sich zum Herbst eine weitere Anleihe in Höhe von 1 Mill. Pfund Sterling zu sichern.

Zu dem Werkstättenbrande in Schmiedefeld bei Breslau erfahren wir von der Firma Smoschewer i Ska., daß nur ein Teil der Lokomotivenfabrik durch Feuer zerstört ist, daß die Feldbahnfabrik, die Waggon- und Weichenbauanstalt dagegen vom Feuer ganz unberührt geblieben sind. Der Betrieb wird dort unverändert fortgesetzt. Auch in der Lokomotivfabrik kann noch, wenn auch nur eingeschränkt, weitergearbeitet werden, und es besteht die Hoffnung, daß die ganze Fabrikation in absehbarer Zeit wieder voll aufgenommen werden kann.

Geldmarkt.

Warschauer Börse vom 21. Juli. Umsätze. Verkauf — Kauf. Belgien 23,95, 24,06—23,84; Holland 197,75, 198,73—196,77; London 22,75, 22,86—22,64; Neuyork 5,18½, 5,21—5,16; Paris 26,85—26,83, 26,96—26,70; Prag 15,40, 15,47—15,33; Schweiz 94,80, 95,27—94,33; Wien 7,32½, 7,35—7,28; Italien 22,45, 22,56—22,34. — Devisen: Dollar der Vereinigten Staaten 5,18½, 5,21—5,16.

Amtliche Devisenkurse der Danziger Börse vom 21. Juli. In Danziegr Gulden wurden notiert für: Banknoten: 100 Rentenmark 136,059 Geld, 136,841 Brief; 100 Zloty 109,22 Geld, 109,78 Brief; 1 amerikanischer Dollar 5,7020 Geld, 5,7305 Brief. Telegr. Auszahlungen: London 1 Pfund Sterling 25,00 Geld, 25,00 Brief; Berlin 100 Billionen Reichsmark 135,535 Geld, 136,215 Brief; Warschau 100 Zloty 109,35 Geld, 109,00 Brief.

Berliner Devisenkurse.

Für drahtlose Auszahlungen in Mark	In Billionen 21. Juli Geld	Brief	In Billionen 18. Juli Geld	Brief
Buenos-Aires . 1 Pes.	1,345	1,355	1,345	1,355
Japan . . . . . . 1 Yen	1,72	1,73	1,73	1,74
Konstantinopel 1 t. Pfd.	2,13	2,15	2,13	2,15
London . . 1 Pfd. Strl.	18,375	18,465	18,295	18,385
Neuyork . . . . 1 Doll.	4,19	4,21	4,19	4,21
Rio de Janeiro 1 Milr.	0,395	0,405	0,405	0,415
Amsterdam . . 100 Fl.	159,80	160,60	158,70	159,50
Brüssel-Antw. 100 Frc.	19,35	19,45	19,10	19,20
Christiania . . 100 Kr.	56,06	56,34	56,26	56,54
Danzig . . . 100 Gulden	73,50	73,86	73,18	73,54
Helsingfors 100 finn M.	10,495	10,555	10,42	10,48
Italien . . . . 100 Lira	18,10	18,20	18,00	18,10
Jugoslavien 100 Dinar	4,95	4,97	4,95	4,97
Kopenhagen . . 100 Kr.	67,43	67,77	67,58	67,92
Lissabon . . 100 Escuto	11,07	11,13	11,07	11,13
Paris . . . . . 100 Frc.	21,70	21,60	21,40	21,50
Prag . . . . . . 100 Kr.	12,45	12,51	12,42	12,48
Schweiz . . . . 100 Frc.	76,46	76,84	76,21	76,59
Sofia . . . . . 100 Leva	3,01	3,03	3,01	3,03
Spanien . . . 100 Pes.	55,46	55,74	55,46	55,74
Stockholm . . . 100 Kr.	111,42	111,98	111,37	111,93
Budapest . . 100 000 Kr.	5,165	5,185	5,115	5,135
Wien . . . . 100 000 Kr.	5,92	5,94	5,92	5,94

Züricher Börse vom 21. Juli. (Amtlich.) Neuyork $5,47^3/_8$, London $24,01^1/_2$, Paris $28,27^1/_2$, Prag $16,26^1/_4$, Italien $23,40^3/_4$, Belgien 25,20, Holland $208^{11}/_{32}$, Berlin $1,32^1/_4$.

Die Landesdarlehnskasse zahlte heute für 1 Goldmark 1,22 Zl., 1 Dollar, große Scheine 5,13—5,16 Zl., kleine 5,11 Zl., 1 Pfund Sterling 22,60 Zl., 100 franz. Franken 26,52 Zl., 100 Schweizer Franken 94,25 Zl.

Aktienmarkt.

Kurse der Posener Börse vom 21. Juli. Für nom. 1000 Mkp. in Zloty. Wertpapiere und Obligationen: Bony Złote 0,78—0,79. — Bankaktien: Bank Przemysłowców 1.—2. Em. (exkl. Kupon) 2,60. Pozn. Bank Ziemian 1.—5. Em. (exkl. Kupon) 1,80. — Industrieaktien: H. Cegielski 1.—9. Em. (exkl. Kupon) 0,70. Centrala Skór 1.—5. Em. 2,50. Garbarnia Sawicki, Opalenica, 1. Em. 0,30. Goplana 1.—3. Em. (exkl. Kupon) 2,70. Herzfeld-Viktorius 1.—3. Em. 3,40. Dr. Roman May 1.—5. Em. (ohne Bezugsrecht) 19. Płótno 1.—3. Em. 0,50. Pozn. Spółka Drzewna 1.—7. Em. (exkl. Kupon) 1,00. Wisła, Bydgoszcz, 1. bis 3. Em. 9,00. Wytwornia Chemiczna 1.—6. Em. (exkl. Kupon) 0,40. Tendenz: behauptet.

Materialienmarkt.

Notierungen der Berliner Metallbörse vom 21. Juli. Preis für 1 Kg. in Goldmark. Raffinadekupfer (99—993 Prozent) 1,03 bis 1,05, Originalhüttenweichblei 0,57—0,58, Hüttenrohzink (im fr. Verkehr) 0,56—0,58, Remalted Plattenzink 0,48—0,49, Bankazinn, Straitszinn und Australzinn 4,45—4,55, Hüttenzinn (mindestens 99 Prozent) 4,35—4,45, Reinnickel (98—99 Prozent) 2,30—2,40, Antimon (eRgulus) 0,64—0,66, Silber in Barren, ca. 900 f. f. 1 Kg. 91,00—92,00.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 21. Juli. (Die Großhandelspreise verstehen sich für 100 Kilogr. = Doppelzentner bei sofortiger Waggon-Lieferung in Zloty.)

Weizen 21,50—23,50, Roggen 10,40—11,40, Weizenmehl 37,00 bis 39,00 (65% inkl. Säcke), Roggenmehl 1. Sorte 17,00—18,50 (70% inkl. Säcke), Roggenmehl 2. Sorte 19,80 (65% inkl. Säcke), Gerste 11,50, Braugerste 13,00—14,00, Hafer 12,50—13,50, Roggenkleie 7,00, Marktlage im allgemeinen unverändert. Tendenz: ruhig.

Berliner Produktenbericht vom 21. Juli. Amtliche Produktennotierungen per 1000 Kg. ab Stationen. Weizen märkischer 172 bis 179, Tendenz fester, Roggen märkischer 134—141, matter, Sommergerste 158—168, Futtergerste 153—158, ruhig, Hafer märkischer 140—145, ruhig, Weizenmehl für 100 Kg. 24—$27^1/_2$, ruhig, Roggenmehl 21—$23^1/_2$, matter, Weizenkleie 9,50—9,60, stetig, Roggenkleie 9,50—9,60, stetig, Raps 270—280, fester, Leinsaat 350—360, fest, Viktoriaerbsen 20—21, kleine Speiseerbsen 14—15, Futtererbsen 14, Peluschken 14, Ackerbohnen 14—15, Wicken 15—16, blaue Lupinen 9,50—10,50, Rapskuchen 11, Leinkuchen 19—20, Trockenschnitzel prompt 8,80—9, Zuckerschnitzel 18—19, Kartoffelflocken 21.

Danziger Getreidenotierungen vom 21. Juli. (Nicht amtlich.) Großhandelspreise waggonfrei Danzig. Weizen 12,80—13,60, Roggen 7,80—8,20, Gerste 8,40—9,50, Hafer 8,40—9,00, kleine Erbsen 7,80—9,50, Viktoriaerbsen 12,00—19,00.

Wasserstandsnachrichten.

Der Wasserstand der Weichsel betrug am 21. Juli in Krakau — 2,12 (2,02), Zawichost 0,89 (0,84), Warschau 1,15 (1,16), Plock — (—), Thorn 0,30 (0,29), Fordon 0,38 (0,39), Culm — (0,34), Graudenz 0,30 (0,34), Kurzebrak 0,82 (0,85), Montau 0,30 (0,34), Piekel 0,23 (0,26), Dirschau 0,01 (0,05), Einlage 2,30 (2,26), Schiewenhorst 2,58 (2,50) Meter. Die in Klammern angegebenen Zahlen geben den Wasserstand vom Tage vorher an.

Hauptschriftleiter: Gotthold Starke; verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Johannes Kruse; für Anzeigen und Reklamen: E. Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann G. m. b. H., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Statt besonderer Anzeige.

Die Verlobung ihrer Tochter **Erna** mit Herrn **Friedrich von Natzner** zeigen hiermit an

Gottlieb Gröhl und Frau Auguste geb. Reddich.

Pruszcz, den 21. Juli 1924.

Erna Gröhl
Friedrich von Natzner

Verlobte. 19049

Prima Gaskoks

aus einer erstklassigen englischen Kohle, wird zu angemessenen Preisen waggonweise und im Détail ständig abgegeben. 19052

Gazownia Miejska Bydgoszcz.

Ständig abzugeben

Teer und Benzol

en gros und en détail zu angemessenen Preisen. **Gazownia Miejska Bydgoszcz.** 19053

Oeffentl. Versteigerung.

Am 24. Juli 1924, um 10 Uhr vorm., werde ich auf dem Lager der Firma **C. Hartwig, Dworcowa 72** 9576

3 Ballen Druckpapier,
Satz nicht verlöschbar, 401 kg, und
1 Auto (Marke Benjamin),
meistbietend gegen Barzahlung versteigern.

Malak,
kom. sądowy w Bydgoszczy.

Gedenket Eurer Toten!

Um es in der Zeit der schweren Wirtschaftskrise zu ermöglichen, daß ein Jeder seinen Verstorbenen einen Grabstein setzen lassen kann, gibt die seit über 26 Jahren am hiesigen Orte wegen ihrer haltbaren, sauberen, **billigen** Arbeit weit bekannte Steinwarenfabrik des Steinmetzmeisters **G. Wodsack, Dworcowa 79,** zufolge **billigen** Einkaufs und einer ganz besonders praktischen Arbeitsweise, Grabmale und Grabumfassungen aus bestem Material gefertigt, **zu sehr niedrigen Preisen** ab. Genaue Beachtung der Firma u. Hausnummer 79 bürgt für **kulante** und beste Bedienung.
Telefon 651. 18092

Wir liefern:

Destill. Steinkohlenteer
Pa. Dachpappe
Portland - Zement Wysoka
Kalk

und alle anderen Baumaterialien
und nehmen dafür

Getreide. 18954

Gebr. Schlieper

Baumaterialien-Großhandlung
Tel. 306. **Gdańska 99.** Tel. 361.

Wilh. Matern

Dentist 18241

Sprechstunden v. 9–1 u. 3–6 Uhr

Bydgoszcz, Gdańska 21.

Braunkohlen-Salonbriketts
„Kaiser“ oder **„Lux“**

Gross - Vertrieb durch
Maasberg i Stange,
Bydgoszcz, Pomorska 5.
Telefon 900. 18540 Telefon 900.

Desgl. **Gross - Vertrieb** und **Generalvertretungen** in
Steinkohlen, Hüttenkoks, Gießereikoks, Holzkohle, :: Rauchkammerlösche, :: Kalk, Zement.

Fotografien
Passbilder
zu staunend billigen Preisen liefert sofort
Atelier Viktoria
nur Gdańska 19. 18481

Welche solvente Firma würde tüchtig. **Kaufmann** mit **5000 Złoty** als polnischen

„Sozius“

aufnehmen. Gefl. Off. unter **W. 9568** an die **Geschäftsstelle dieser Zeitung.**

Verreise

vom 24. Juli bis 2. August 1924.

Erste Sprechstunde dann wieder am 3. August 1924, 8 Uhr vormittags.

Dr. Mundelius
Ofie. 18905

Zur Beachtung für die

Damen!

Mode - Journale!

polnischer, deutscher, französischer, englischer Ausgabe f. Herbst und **Winter** hat in großer Auswahl stets auf Lager 9561

Księgarnia Bydgoska
Posłuszny i Gleryn,
Bydgoszcz,
Plac Teatralny 3.

Schneiderin

für elegante u. einfache **Damen-Garderobe** empfiehlt sich 9553
Schneider, Zduny 2, II.

Schneiderin empf. sich in und außer dem Hause. Sowińskiego 11b Eing. 1, part., r. 9563

Staatl. geprüfte **Krankenpfl.,** auch Wochenpfl., übernimmt 9558
Chrobrego 15, p. I.

Aufgebot.

Es wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß

1. der Dachdecker **Richard Grabandt,** wohnhaft i. Stettin, Am Barnimplatz 2,
2. die 19056 **Emma Amanda Bockrandt,** kaufmännische Reisende, wohnhaft in Stettin, Langestr. 91, vorher in Rosenhof, Kreis Osterburg, und vorher in Bromberg,

die Ehe miteinander eingehen wollen.

Die Bekanntmachung des Aufgebots hat in den Gemeinden Stettin, Rosenhof u. Bromberg zu geschehen.

Stettin, 15. Juli 1924.
Der Standesbeamte
In Vertretung:
Söhlmann.

Oeffentlich. Verkauf! Am Freitag d. 25. d. M. u. 12 Uhr Mittags verk. ich in ein. Streitsach. an Meistbiet. in meinem Bureau, **Dworcowa 95,** 2 Wagg. **Telegraph.-Stangen** v. 7½ b. 11 m l. u. a. Zopfend. Durchm. v. ca 15 cm. Die Stangen können a. d. Ziegel. d. **Herrn Peterson** in Bydgoszcz - Okole besichtigt werden. 19051
Wł. Junk,
zaprzysiężony senzal handlowy przy Izbie Przemysłowo - Handlowej w Bydgoszczy.

Achtung!

Spinnerei und Weberei.

Wir kaufen jed. Posten **sauberen Flachs** und **Wolle.** Wir nehmen **Wolle zum Spinnen** und **Eintausch** an. Auch **Wollstoffe,** gut gearbeitet, zum Verkauf und Eintausch (3 Pfund per Meter doppelbreit). **Flachs** wird verarbeitet zu Sackleinwand, Hemdenleinwand, Bezugstoff, Einschüttstoff. Für Einschüttstoff muß der Flachs sauber gekämmt sein. **Aufzuggarn, Einschlaggarn** wird zum Spinnen u. Tausch, auch zum Verkauf, angenommen. Es werden **sämtliche Sachen zum Stricken** angenommmen. 9263

A. Hanke,
Bydgoszcz,
Św. Florjana Nr 16 (früher Alexanderstr.)

Ankerwickelei und Motor-Reparaturwerkstatt.

Neuwickeln und Umwickeln von Dynamomaschinen und Elektromotoren unter Garantie in kürzester Zeit bei billigster Berechnung.

Gleichstrom- und Drehstrom - Motoren sowie Installations - Material
ab Lager lieferbar. 1824

Ausführung elektr. Licht- und Kraftanlagen.

Wilh. Buchholz, Ingenieur
Bydgoszcz, Gdańska 150 a
Telephon 405. — Gegründet 1907. — Telephon 405.

Holz!

Bauholz nach Liste,
Schnittmaterialien aller Art,
kieferne Blockware,
Gerüststangen und Bohlen,
Telegraphenstangen, Lichtmasten,
Kistenbretter, Eichenrundholz,
Kiefern- und Eichenscheitholz,
sowie
Rollen, Brennholz, Schwarten.
Säumlinge und Sägespäne
liefert en gros und en détail

Drzewo Grodzisk
T. z o. p.
Porażyn bei Opalenica. 17679

Der Herr

kleidet sich elegant bei

Waldemar Mühlstein

Schneidermeister

ul. Gdańska 150 Danzigerstr.

Fernruf Nr. 1355. 18091

Seriöse Vertreter

mit erstkl. Referenzen, zum Vertrieb einer neu patentierten, äußerst billigen
Pumpe
gesucht. Offerten an **Rudolf Mosse, Leipzig, unter L. O. 6910.** 19028

Geg. Ratenzahlung. Anfertigung von
Schlaf-, Speise- u. Herrenzim.
zu mäßigen Preisen führt aus **Rappatta, Chwytowo (Brunnenstr.) 15,** Hof, Tischl. 9572

Heirat

Fabrikbesitzer ev., 40 J., alleinst. Junggef., w. Bek. m. geb. ev. Frl., auch größ. Gutsbesitzerstochter, zw. spät. **Heirat.** Vermittl. durch Verw. erw. Off. m. Bild u. **V. 19026** a. d. Gst.

Jüngeres Mädchen ev., 20 J. alt, wünscht, da es ihr an Herrenbekanntschaft fehlt, in Briefwechsel zu treten zwecks **Heirat.** Vermög. u. Aussteuer vorh. Beamter o. Handwerk. bevorzugt. Angeb. u. **A. 9562** a. d. Gst. d. Z.

Offene Stellen

Suche von 1. 8. od. später für meine vier Kinder im Alter von 6–12 Jahren evangl.
Hauslehrer(in)
mit polnischer Unterrichtserlaubnis und Lehrbefähigung für Polnisch. Ausführlich. Lebenslauf nebst Gehaltsansprüchen sind zu richten an 19014
B. Redmann, Rosko, pow. Czarnków.

Friseurgehilfe kann eintr. **ul. Gdańska 97a.** 9585

Suche von sofort 9570
perfekten Gerber
Wilczak, Malborska 13.

Zum baldigen Antritt suche jüngeren, evang.
2. Beamten
(Hofbeamten)
der durch gute Zeugn. seine Befähigung nachweisen kann. 19045
Klustmann, Browina poczt. Chełmża, pow. Toruń.

Best. Verdienst

ist einem jed. gesichert, d. s. für Stadt u. Land m. d. Vertrieb neuer konkurrenzl. bill. wirtschaftl. Artikel befaßt. Auch Reisende z. Mitnahme ges. Ausk. d. **Schulz, Bydgoszcz,** Gdańska 47, I. 9565

Chauffeur

nur gelernter Autoschlosser, für dauernd gesucht. Meldungen m. Zeugnisabschriften an
Autozentrale Chojnice. 19019

Eleve

gesucht für 3000 Morg. gr. Gut, evangel., aus guter Familie, z. 15. IX. od. 1. X. Einige Vorkenntnisse erwünscht. Familienanschluß gewährt. Bewerbg. mit Lebensl. erbittet 19050
Würtz - Koloszkowy, p. Starogard, Pomorze.

Wir suchen zum bald. Antritt einen ordentl. jungen Mann als
Molkereilehrling.
Gute Ausbildung im Betrieb und Kontor wird zugesichert.
Molkerei - Genossensch. Kruszka b. Łobżenica pow. Wyrzysk. 19043

Für mein
Damenputzgeschäft
suche von sogleich
erstklass. Kraft,
die auch im Verkauf bewandert ist, der polnischen und deutschen Sprache m. für dauernd. Den Offerten sind Zeugnisabschrift., Photogr. u. Gehaltsanspr. bei n. fr. St. anzugeben. 19041
„Salon Mod“
Grudziądz,
Plac 23 stycznia 25/26.

Suche zum 1. August
Köchin
für kleineren Gutshaushalt. Erfahrung i. Einmachen u. Federviehaufzucht erwünscht. Etwas Hausarbeit. — Zeugn. u. Gehaltsansprüche an 19040
Frau von Fallois, Poledno bei Terespol, **Pomm.**

Eine
perfekte Köchin
f. **Restaurationsbetrieb** z. Eintritt v. 1. August.
Kawiarnia
19037 **Gdańska 165.**

Perfektes, erstes
Stubenmädchen
das bügeln und servieren kann, zum 1. August gesucht. 19046
Frau Hasbach, Hermanowo b. Starogard.

Stellengesuche

Landwirt

30 Jhr. alt, sucht Stellg. auf **größ. Gut.** Off. u. **L. 18948** an d. Gst. d. Z.

Buchhalter

in der amerik. u. einf. Buchführ., Maschinenschreiben sowie i. Rechnungswesen bewand., beherrscht poln. u. dtsch. in Wort u. Schrift, sucht sofort Stellung. Gefl. Angebote unt. **Z. 9569** an die Gschst. dies. Ztg.

Obermüller

verh., kl. Familie, 45 J. alt, sucht Stellung von sofort oder später in größerem **Wasser- od. Dampfmühlenwerk.** Erledige sämtl. Arbeiten, auch Umbau, bin erfahren in elektrisch. Licht und in Walzenriffelung. Spr. deutsch und polnisch. Gute Zeugnisse vorhanden.
K. Ruminiecki, Pszechowo p. Świeciem Pomorze. 19078

An- u. Verkäufe

Wollen Sie
verkaufen?
Wend. Sie s. vertrauensvoll an **S. Ruszkowski, Dom Osadniczy, Poln.-Amerikanisch. Büro für Grundstückhdl.** Herm.-Frankestr. 1a. Tel. 885. 18473

K. Wetzker

An- und Verkauf v. Gütern, Mühlen, :: Fabriken sowie :: Grundstück. jed. Art
Bydgoszcz, Długa 41.

Gutgeh. **Fleischerei** m. Einrichtung u. freier Wohnung, v. sof. z. **verkauf.** Z. Uebernahm. erforderl. zirka 5000 Złoty. Off. u. **B. 9566** a. d. G. d. Z.

2 starke
Arbeitspferde
(Halbbelgier), Prachtexemplare, 4- u. 5jähr., weg. Liquid. d. Fabrik zu verkaufen. 18978
Franz Lehmann,
Bydgoszcz,
Poznańska 28, Tel. 1670.

Besseres Herren- u. Speisezimmer
gegen sofortige Kasse zu kaufen gesucht. Gefl. Offerten unt. **A. 9579** an die Geschst. d. Ztg.

Verschied. Möbel

fortzugshalb. zu verkf.
9578 **Zduny 7, I, r.**

Zu verkaufen:
1 Schlafzimmer (Eiche),
1 Büfett, 1 Schreibtisch,
1 Metall-Bettstelle,
1 Tafel-Service, 9581
Schränke, Waschtoilette u. verschied. anderes.
Warmińskiego 2, II, I.

Schlafzimmer

in Eiche und **Damenzimmer** in Mahag., allermod. Ausführung, verk. preisw. 18369 auch auf Teilzahlun
Fabrik
Jackowskiego 33.

2 Schreibtische,
1 Repositorium
m. Tonbank u. Pult
1 Dezimalwage
sowie einig. Tafelwag.
2 Pappscheren
(Krause)
diverse Arbeitstische, Schemel, Regale rc. bill. zu verkaufen. 18981
Grodztwo (Hempelstr.) 28
Telefon 7.

Kolonialwaren-Einrichtung
nebst 2 Tontischen
zu verkaufen. 19017
Derzewski, Nowe (Pomorze)

Kaufe **Servante, Nähmaschine, Eß- u. Kaffeeservies.** Off. u. **S. 9475** an d. Gst. d. Z.

Beste Strohverwertung!

Für Landwirte und Fouragegeschäfte habe sehr preiswert abzugeben. 19029

fahrbare Häckselanlage

Kriesel-Sambor, 8 messerig, mit dopp. Siebwerk, Stummelelevator u. Einsackvorrichtung, Maschine kann für sich allein oder in Verbindung mit Dampfdreschmaschine betrieb. werd.

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28

„Stock“-Motorpflug

modern, ca. 60 P. S., 6-scharig. Rückwärtsgang. motor. Tiefenstellung, sofort betriebsfähig, **sehr billig abzugeben.** 19029

Paul Seler, Poznań, ul. Przemysłowa 28.

Fahrbare Wolf-Lokomobile

Heißdampf, mit Ueberhitzer, Baujahr 1916 nom. 12-pferdig, eff. 26/33/48 P. S., sehr preiswert abzugeben. Lokomobile ist gründlich durchrepariert, amtlich neu abgenommen und garantiert betriebsfähig, in Leistung einer neuen gleichwertig, geeignet als Dreschlokomobile und für Industriezwecke. 19027

Paul Seler, Poznań, ul Przemysłowa 28.

Schwarzes Tuchkost., graues Kostüm zu verkf. **20 stycznia 30.** part., rechts. 9560

Eine Geige m. Kast.
u. Heftsammlungen v. Jahrgängen 1914-1918. (Die gr. Zeit, Illustr. Kriegsgeschichte), **z. verkauf. Bocianowo 15a, I, r.**

Theologische

Bücher, antiquarisch, zu verkaufen. Anfragen in der Gst. dies. Ztg. 9561

Arbeitswagen

neu, 1- u. 2spännig, verkauft **Tischlerei, Sw. Trójcy 16.** 9590

Landaulet

(Halbwagen) und
Spazierschlitten
zu verkaufen.
Adam's Zigarrenfabriken 9583
Dworcowa 44.

Lokomobile
24 P. S. norm. 10 Atm.
Kehlmaschine
Revolverbank
Gatterwagen
verk. Pierwsza Bydgoska Fabryka okuć do mebli,
Bydgoszcz, 9567
Sienkiewicza 44, Tel. 165.

1 Gleichstrom-Motor
6 P. S., 220 Volt A. E. G.
fast neu
1 Transmissions-Anl.
m. Wandböck., Schmierlager und Kupplung, 40 mm Durchm. 6,75 u. 5,90 m Länge,
1 Transmissions-Anl.
37 mm Durchmesser, 7,75 m Länge.
1 Reklamewag., (neu)
als Bier- oder Brotwagen geeignet, billig zu verkaufen. 18983
Grodztwo 28,
(Hempelstr.) Telefon 7.

Hungerharke

billig zu verkaufen.
Barcikowski, 9543
Rynarzewo p. Szubin.

Kohlebadeofen
zu kaufen gesucht 19057
F. Rosinski, Bydgoszcz,
Dworcowa 52.
Telefon 369 und 394.

1 Morgen 9564
Roggen a. d. Halm
zu verkaufen. Näher. zu erfahr. b. **W. Lange, Bielawki, Senatorska 22** von nachm. 5 Uhr ab.

Gebrauchtes, gut erhalt., schmiedeeisernes **Reservoir** von 5 bis 10 cbm Inhalt, unter Ang. d. genau. Größe, Blechstk., Beschaff., Prs., zu kauf. ges. **Morawietz & Eilenberg, Strzelno.** 19040

Kaufe Restposten von Schnitt- u. Kurzwaren
evtl. beleihe dieselben. Offerten u. **T. 9557** an die Geschäftsst. d. Ztg.

Ausgekämmtes 18414
Frauenhaar
und Haarabfälle
kauft höchstzahlend
Haarindustrie
Bydgoszcz, Królowej Jadwigi (Viktoriastr.) 5.

Frauenhaar
kauft 18367
Haargeschäft
Puppenklinik
Bydgoszcz, Dworc. 15.

Möbl. Zimmer

Wir suchen ein **möbl. Zimm.** in der Nähe der Danzigerstr., mögl. mit besond. Eingang. Eig. Betten u. Wäsche. Angebote unt. **„Spokojny lokator“** an das **Biuro ogłoszeń Komperda, Gdańska 114,** erbet. 9571

2 freundl. Balkonzim. an 1 evtl. 2 nur **bessere Herren** zu vermiet. Außerdem 1 kl. **Zimmer** f. anst. berufst. Dame. Zu erfr. i. d. G.

G. mbl. Wohn- u. Schlafzim. nur an ein. Herrn z. verm. **ul. Chrobrego 6,** pt., I. **(Schleinitzstr.)** 9582

Ausschneiden!

Geld, Zeit, Aerger spart Jeder

welcher sich in allen
Rechtsstreitsachen, Eingaben, Reklamationen,

Mietsstreitsachen

an den **„Informator“** wendet.
(Vereidigter Dolmetscher),
Danzigerstr. 130, Bürozeit von 8-1 und 3-7.
Für Unbemittelte jeden Freitag. 9577

Ausschneiden u. Aufbewahren! 18432

Zur gefl. Erinnerung u. evtl. Berücksichtigung in vorkommenden Fällen Vertretung in sämtl. Mietsangelegenheiten vor dem Urząd Rozjemczy dla spraw najmu, sachgemäße Häuserverwaltung, Briefwechsel in poln. u. deutsch. Sprache, sowie Gesuche, Anträge, Reklamationen u. dgl. an Behörden übernimmt u. erledigt umgehend u. gewissenh. „Büro W A P“ Gdańska 162, Tel. 1429.

Pensionen

Suche für evangl., gesund., **12 jähriges Mädchen,** mutterl. Offizierstochter,

Aufnahme

zur Miterziehung auf d. Lande.

Angebote **Laengner, Dobieschewko, per. Gołańcz.** 9477

2 Schüler find. frdl. Aufnahme bei **Prigann, Sienkiewicza (Mittelst.) 29.** 9592

2 Schüler(in) 9574
finden frdl. Aufnahme bei Miterziehung der Enkelkinder. Anfr. an **O. Brach, z. Z. Nostrzembowo b. Kcynia.**

Landluft

ältere Schüler, zukünft. Landwirte.
2 Gutsbes. nehmen von sofort einige junge, **anständige Leute** auf ein paar Wochen unentgeltlich auf. Gegenleistung: Leichte Beschäftigung in der Wirtschaft. Familienanschl. Offerten unt. **W. 19048** a. d. Geschäftsst. d. Ztg.